



20.022

Agrarpolitik ab 2022 (AP 2022 plus)

Politique agricole à partir de 2022 (PA 2022 plus)

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.12.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

Antrag der Mehrheit

Sistierung der Behandlung der Vorlagen 1 bis 3 gemäss Artikel 87 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes, bis der Bundesrat in Erfüllung des Postulates 20.3931, "Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik", einen Bericht vorgelegt hat. Dieser Bericht soll gemäss Text des Postulates bis spätestens im Jahr 2022 vorliegen.

Antrag der Minderheit

(Levrat, Rechsteiner Paul, Thorens Goumaz, Zanetti Roberto)

Ablehnung der Sistierung

Proposition de la majorité

Suspendre l'examen des projets 1 à 3 conformément à l'article 87 alinéa 3 de la loi sur le Parlement, jusqu'à ce que le Conseil fédéral dépose un rapport en réponse au postulat 20.3931, "Orientation future de la politique agricole". Selon le postulat, ce rapport doit être remis d'ici 2022 au plus tard.

Proposition de la minorité

(Levrat, Rechsteiner Paul, Thorens Goumaz, Zanetti Roberto)

Refuser la suspension

Hegglin Peter (M-CEB, ZG), für die Kommission: Mit der Agrarpolitik 2022 plus beantragt der Bundesrat, die gesetzlichen Bestimmungen zur Landwirtschaft mittels vier Beschlüssen per 2022 auf die zukünftigen Herausforderungen auszurichten. Die Agrarpolitik soll damit an das sich verändernde Umfeld, zum Beispiel infolge des Klimawandels, technologischer Fortschritte und veränderter gesellschaftlicher Erwartungen, herangeführt werden.

Substanzielle Anpassungen auf Gesetzesebene erfolgten letztmals im Jahr 2013 mit der Agrarpolitik 2014–2017. Deren Ziele konnten in vielen Bereichen erreicht werden, es bestünden, schreibt der Bundesrat, aber Lücken. So hat sich

AB 2020 S 1343 / BO 2020 E 1343

die Einkommenssituation in der Landwirtschaft auf tiefem Niveau verbessert. Die Kalorienproduktion konnte auf dem angestrebten Niveau gehalten werden. Die Beteiligung an Umwelt- und Tierwohlprogrammen ist gestiegen. Das ist erfreulich.

Die wichtigsten vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen im Landwirtschaftsgesetz sind: ein verbindlicher Absenkpfad für Stickstoff- und Phosphorverluste mit Sanktionsmöglichkeiten; ein Sozialversicherungsschutz für die Ehefrau, den Ehemann, die Partnerin oder den Partner des Bewirtschafters als Voraussetzung für Direktzahlungen; höhere Ausbildungsanforderungen für Bezügerinnen und Bezüger von Direktzahlungen.

Neu sollen Direktzahlungen nicht nach Standardarbeitskraft und Fläche, sondern pro Betrieb begrenzt und ab 150 000 Franken schrittweise reduziert werden. Beim ökologischen Leistungsnachweis sollen die Vorgaben für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wirkungsvoller ausgestaltet werden. Bei den Direktzahlungsprogrammen sollen der Versorgungssicherheits- sowie der Offenhaltungsbeitrag in einen Zonenbeitrag überführt werden. Die Ressourceneffizienzbeiträge sollen in die Produktionssystembeiträge integriert werden. Letztere sollen stark ausgebaut werden.





Regionale landwirtschaftliche Strategien sollen erarbeitet werden, um die standortangepasste Landwirtschaft zu fördern. Zur Risikoabsicherung der Landwirtschaft gegen wetterbedingte Ertragsschwankungen will sich der Bund befristet an Prämien von Ernteversicherungen beteiligen. Investitionshilfen sollen für den Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke, für innovative Technologien zur Reduktion negativer Umweltauswirkungen sowie für die Förderung der Tiergesundheit gewährt werden.

Der Bund soll Kompetenz- und Innovationsnetzwerke für die Pflanzenzucht, Tierzucht und Nutztiergesundheit finanziell unterstützen können. Die Vernetzung von Forschung, Bildung und Beratung mit der Praxis der Land- und Ernährungswirtschaft soll stärker gefördert und Pilot- und Demonstrationsprojekte sollen unterstützt werden können. Inverkehrbringer von Nährstoffen – Mineraldünger, Futtermittel – werden verpflichtet, ihre Lieferungen an landwirtschaftliche Betriebe offenzulegen.

Gemäss Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht sollen mitarbeitende Partnerinnen und Partner von Selbstbewirtschaftern ein Vorkaufsrecht erhalten. Familienbetrieben sollen modernere Gesellschaftsformen ermöglicht werden. Die Überschreitung der Belastungsgrenze zur Vergabe von Hypothekarkrediten soll in Zukunft durch Banken und Versicherungen mit Sitz in der Schweiz ohne Bewilligung möglich sein. Im Gewässerschutzgesetz soll die maximal erlaubte Hofdüngerausbringung von 3 auf 2,5 Düngergrossvieheinheiten pro Hektare reduziert werden. Im Tierseuchengesetz wird mit einem neuen Zweckartikel die aktuelle Situation abgebildet und die Tiergesundheit als unerlässlicher Bestandteil der Tierseuchenbekämpfung integriert.

Schlussendlich werden mit dem Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2022–2025 dem Parlament drei Zahlungsrahmen sowie ein Verpflichtungskredit im Bereich der Strukturverbesserung unterbreitet. Die Höhe der landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen soll mit 13,774 Milliarden Franken nominal weitgehend den in den Jahren 2018 bis 2021 geplanten Ausgaben entsprechen.

Weitere hängige Geschäfte mit einem Bezug zur Landwirtschaft sind die Trinkwasser- und die Pestizid-Initiative und die parlamentarische Initiative 19.475, "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren", welche die WAK-S erarbeitet hat. Nicht zuletzt spielen das Mercosur-Abkommen oder auch weitere Freihandelsabkommen eine Rolle. Zudem sind weitere die Landwirtschaft betreffende Initiativen in der Vorbereitung, so z. B. zur Massentierhaltung. So weit die Rahmenbedingungen.

Die Kommission hatte ursprünglich vorgesehen, die Agrarpolitik 2022 plus in der Herbstsession in den Ständerat zu bringen. Da die Corona-Krise zu einer Verzögerung der Beratung führte, musste der Zeitplan angepasst werden. Mit 9 zu 4 Stimmen beschloss die Kommission sodann, die Volksinitiativen "für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung" und "für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide" sowie die Kommissionsinitiative "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren" prioritär und gleichzeitig zu behandeln. Das Vernehmlassungsverfahren zur parlamentarischen Initiative endete am 17. Mai dieses Jahres. Die WAK-S nahm dann an ihrer Sitzung vom 2./3. Juli die inhaltliche Beratung dieser Geschäfte auf, um sie in der Herbstsession in den Ständerat zu bringen. Dank diesem Vorgehen können die Fristen für die Behandlung der Volksinitiativen eingehalten werden, und es liegen zum Zeitpunkt der Abstimmungskampagne Ratsbeschlüsse zur parlamentarischen Initiative vor.

Nachdem die Kommission die Sistierung der Agrarpolitik 2022 plus beschlossen hatte, nahm sie weitere substanzielle Artikel des Landwirtschaftsgesetzes, die der Bundesrat als "Massnahmenpaket Trinkwasser" in der Agrarpolitik vorschlug, in die parlamentarische Initiative auf, und zwar die Artikel 6a, "Nährstoffverluste", 70a, "Auflagen zum ökologischen Leistungsnachweis", und 164a, "Offenlegungspflicht für Nährstofflieferungen". Nachdem wir die parlamentarische Initiative in der Herbstsession diskutiert und beschlossen haben, hat sie der Nationalrat letzte Woche beraten. Zur finalen Beratung wird es in der Frühjahrssession kommen.

Die Kommission verfügt durch diese Auftrennung und durch die Übernahme der Absenkpfade für Pestizide und Nährstoffe mehr Zeit für die Beratung der Agrarpolitik, welche eine sehr komplexe Vorlage ist, wie aufgrund der vorgängig genannten wichtigsten Änderungen des Landwirtschaftsgesetzes offensichtlich wird. An den Anhörungen Anfang Juli waren die Kantone durch die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren und die Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz vertreten. Von bäuerlicher Seite waren der Schweizerische Bauernverband, der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband und die Agrarallianz vertreten. Die Kommission lud auch den Dachverband Economiesuisse sowie die Deutsch- und die Westschweizer Konsumentenorganisationen ein. Das Spektrum der geäußerten Ansichten war breit. Es reichte von Eintreten mit Anpassungen bis zu Eintreten mit Rückweisung und Überarbeitung. Im Hinblick auf die Eintretensdebatte verlangte die WAK-S schliesslich einen Zusatzbericht von der Verwaltung, in welchem die vielen Fragen, die bei den Anhörungen in der Kommission im Juli aufgekomen waren, beantwortet werden sollten.

Am 21. August setzte die WAK-S die Beratung fort. Einleitend nahm sie vom Zusatzbericht Kenntnis, welcher jedoch nicht alle Fragen abschliessend beantworten konnte. Nach einer intensiven Debatte beschloss sie mit 6 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung ein Kommissionspostulat zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik. Eben-



falls mit 6 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung stimmte sie einem Antrag zu, die Behandlung der drei Erlassentwürfe der Agrarpolitik 2022 plus – Landwirtschaftsgesetz, Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht und Tierseuchengesetz – zu sistieren, bis der Bundesrat das Kommissionspostulat mit einem Bericht erfüllt hat. Dies sollte spätestens 2022 der Fall sein.

Was bewog die Mehrheit der WAK-S zum Sistierungsantrag mit Kommissionspostulat?

1. Es besteht kein dringender Handlungsbedarf für Anpassungen, nachdem die parlamentarische Initiative 19.475, "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren", die umweltrelevanten Massnahmen der Agrarpolitik 2022 plus aufgenommen hat.
2. Die bestehende Agrarpolitik wird von der Landwirtschaft und der Bevölkerung getragen und bildet eine gute Grundlage. Sie ist noch nicht konsolidiert und auch noch nicht ausgewertet.
3. Keine einzige Stellungnahme verlangte Eintreten und Zustimmung zu den Entwürfen in der vorliegenden Form. Wer Eintreten verlangte, machte einen grossen Handlungsbedarf geltend, der in vielen Fällen diametral vom Entwurf des Bundesrates abweicht.
4. Die Agrarpolitik 2022 plus bietet der Landwirtschaft keine langfristige Perspektive und Zielsetzung und ist in der aktuellen Fassung unausgereift.

AB 2020 S 1344 / BO 2020 E 1344

5. Vorgaben der Bundesverfassung, wie Artikel 104a, werden in der Agrarpolitik 2022 plus nicht umgesetzt. Mit der Agrarpolitik 2022 plus wird der Landwirtschaft bestes Kulturland entzogen, obwohl das agrarpolitische ökologische Flächenziel erreicht ist und vor allem qualitative Verbesserungen notwendig werden.

6. Der Bruttoselbstversorgungsgrad beträgt im Jahr 2025, bei einer konstant wachsenden Bevölkerung, 52 Prozent gegenüber 56 Prozent bei einer Fortführung der aktuellen Agrarpolitik. Die landwirtschaftliche Produktion wird mit der Agrarpolitik 2022 plus somit um mindestens 7 Prozent gedrosselt. Aktuell zeigen sich in der Corona-Krise deutliche Veränderungen. So mussten dieses Jahr 4800 Tonnen Butter zusätzlich importiert werden, um eine Unterversorgung zu verhindern. Ähnliches passiert auch beim Käse.

7. Für importierte Lebensmittel sollen weiterhin nur die lebensmittelrechtlichen Mindestanforderungen gelten. Die unterschiedlichen Produktionsmethoden im Pflanzenbau oder bei der Tierhaltung werden mit Verweis auf WTO-Regelungen nicht berücksichtigt. Der Bundesrat will bei uns verbotene Produktionssysteme nicht einmal deklarieren lassen; siehe die Debatte von letzter Woche zur Motion 20.4267 der WBK-S, "Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden". Im Zusatzbericht an die WAK-S werden Mehrwerte und Mehrerlöse prognostiziert, ohne dabei die produktionstechnischen Risiken in Bezug auf gewünschte Qualitäten und Mengen zu berücksichtigen. Höhere Produktionsstandards verursachen primär höhere Kosten, welche dann von den Konsumentinnen und Konsumenten erst noch getragen werden müssten.

8. Mit dem vorliegenden Entwurf der Agrarpolitik 2022 plus soll der Zahlungsrahmen nicht erhöht werden, gleichzeitig werden jedoch komplexe und produktionsverteuernde Massnahmen eingeführt.

9. Gemäss Berechnungen von Agroscope soll das prognostizierte sektorale Einkommen mit der Agrarpolitik 2022 plus zunehmen. Die Umsetzung der Massnahmen zur Erreichung des Absenkpades bei den Nährstoffen führt aber zu einem Produktionsrückgang, weshalb das Sektoreinkommen um 265 Millionen Franken tiefer zu liegen kommt als bei einer Weiterführung der bisherigen Agrarpolitik und sich somit auch das Einkommen weniger gut entwickelt, dies bei einem Berufsstand, bei welchem bereits heute nur 20 Prozent der Betriebe den Vergleichslohn erreichen.

10. Auf Stufe Einzelbetrieb konnten die finanziellen Auswirkungen der geplanten Agrarpolitik 2022 plus nicht aufgezeigt werden. Es muss aber mit substanziellen Verschiebungen gerechnet werden. Für die Mehrheit der Kommission war nicht nachvollziehbar, dass es zu Mittelverteilungen zwischen den Acker- und Spezialkulturbetrieben und den Grünlandbetrieben in der Berg- und der Hügelzone kommen soll. Vor allem die in der Schweiz standortgerechteste Produktionsmethode, die Grünland-Landwirtschaft mit Rindviehhaltung, scheint die Verliererin der Agrarpolitik 2022 plus zu sein, weshalb sie sich am vehementesten dagegenstellt. Sie sah sich zur Stellungnahme veranlasst, in der Agrarpolitik 2022 plus sei keine einzige neue Massnahme zu erkennen, welche die Wertschöpfung der Landwirtschaft effektiv erhöhe.

11. Kritisch beurteilt wurde auch die einseitige Verschärfung der Regelung für Düngergrossvieheinheiten im Gewässerschutzgesetz, obwohl die Betriebe eine ausgeglichene Nährstoffbilanz haben. Vielmehr sieht die Kommission übergreifenden Handlungsbedarf zur Schliessung der Kreisläufe aller Nährstoffe über die gesamte Wertschöpfungskette. Sie will eine ganzheitliche Politik für gesunde Ernährung und nachhaltige Lebensmittelproduktion.

Dies waren die Überlegungen der Kommission. Überlegungen für ein Nichteintreten auf die Vorlage fanden aber keine Mehrheit. Bei einem Nichteintreten des Ständerates könnte es sein, dass das Geschäft den Rat



wechselt, dann nämlich, wenn der Nationalrat sich im Nachgang für Eintreten aussprechen sollte. Mit einer Sistierung bleibt das Geschäft in unserem Rat.

All diese Überlegungen, die ich jetzt angestellt habe, sind in das Postulat eingeflossen, welches Ihnen die Mehrheit zur Annahme empfiehlt.

Die Minderheit spricht sich gegen eine Sistierung und gegen das Postulat aus, da sie es für dringlich erachtet, einen stabilen Rechtsrahmen für einen Berufszweig zu schaffen, der unter starkem Druck steht. Es werde die Gelegenheit verpasst, die Landwirtschaft rechtzeitig auf die zahlreichen internationalen Entwicklungen und ökologischen Herausforderungen vorzubereiten, der sie sich in den kommenden Jahren zwangsläufig stellen müsse.

Damit schliesse ich und empfehle Ihnen seitens der Mehrheit der Kommission, diese drei Beschlüsse zu sistieren.

Levrat Christian (S, FR): Je vous suggère de développer la proposition de la minorité et qu'ensuite on ouvre un débat général. Cela me paraît être la manière dont nous procédons usuellement.

Pour la minorité, cela a été rappelé par le rapporteur, la suspension de l'examen de la Politique agricole 2022 plus, couplée avec un postulat assez général dont l'objectif est de demander un rapport sur l'évolution future de notre politique agricole, doit être rejetée et il faut inviter la Commission de l'économie et des redevances à traiter dès aujourd'hui ce dossier de la politique agricole.

Sur le fond, j'aurais en fait deux objections. Pour moi, cette manière de procéder est difficilement acceptable quant à la forme, j'y reviendrai, et elle est erronée sur le fond.

Venons-en d'abord à la forme. Lorsque le Parlement s'oppose à un projet du Conseil fédéral, il y a deux manières de faire en principe. Il pourrait décider qu'il n'y a pas de nécessité de légiférer et ne pas entrer en matière ou il pourrait décider de renvoyer le projet au Conseil fédéral en lui donnant un mandat clair. C'est ce que prévoit la loi sur le Parlement, à savoir qu'un mandat aussi précis que possible soit donné au Conseil fédéral pour lui permettre d'améliorer le projet qu'il avait transmis au Parlement.

Dans le cas présent, la commission a choisi une troisième voie. Elle a décidé de suspendre pour plusieurs années les projets 1 à 3 qui lui sont soumis, de transmettre un postulat – c'est donc simplement la demande de rédiger un rapport, l'un des instruments les plus faibles dont disposent les parlementaires – au Conseil fédéral en le priant de rédiger le rapport d'ici fin 2022.

En admettant qu'à fin 2022, le Conseil fédéral nous soumette son rapport, nous en débattrions en 2023. Nous constaterions alors en commission que, du fait de l'écoulement du temps et vu le contenu du postulat également, le projet Politique agricole 2022 plus n'est plus adapté et qu'il doit être renvoyé au Conseil fédéral. Nous devrions alors nous pencher sur un nouveau message du Conseil fédéral dans le courant 2024. Si le Parlement bat tous les records de vitesse dont il est capable, nous pourrions avoir, en 2025/26 vraisemblablement, l'entrée en vigueur d'une nouvelle politique agricole.

La question que l'on doit se poser est la suivante: est-il raisonnable de neutraliser une période de quatre ans, donc presque une législature, en matière de politique agricole et de geler la situation dans son état d'aujourd'hui? C'est ce que vise la proposition de suspension qui vous est soumise.

La CER a procédé à des auditions. Elle a demandé un rapport complémentaire précisément sur les points qui ont été développés par le rapporteur: la sécurité alimentaire et le taux d'autoapprovisionnement, la capacité concurrentielle de l'agriculture, l'évolution des revenus dans l'agriculture, les développements dans l'Union européenne, les questions environnementales, les charges administratives pour les exploitants, les conséquences pour chaque canton individuellement, l'évolution du marché laitier, l'ouverture des marchés en général, et le droit foncier rural. Donc il y a une palette de questions extrêmement large qui a été examinée par la CER lors des débats sur cet objet.

Un rapport extrêmement intéressant de la part de l'administration – qui fait suite à la publication en 2018, par Johann Schneider-Ammann à l'époque conseiller fédéral, d'une vue d'ensemble de la politique agricole et qui fait suite également au message sur la Politique agricole 2022 plus – décrit la perspective générale qui s'offre à l'agriculture suisse.

Dans ces circonstances, demander par postulat un rapport sur des questions qui ont été traitées dans la vision globale,

AB 2020 S 1345 / BO 2020 E 1345

dans le message relatif à l'évolution future de la Politique agricole à partir de 2022 et dans le rapport complémentaire qui a été transmis à la CER est une manoeuvre dilatoire. C'est une manoeuvre qui vise à gagner du temps et à geler l'évolution de la politique agricole sur quatre ans.



Cette suspension, qui plus est, conduit en fait les adversaires de la réforme à ne pas s'entendre sur un mandat clair. Comment voulez-vous formuler un mandat entre Economiesuisse et l'Union suisse des paysans? Les uns prônent le libre-échange et l'ouverture des frontières, les autres demandent des mesures protectionnistes. Or ce sont précisément ces deux organisations qui se sont mises d'accord. Comme elles n'arrivaient pas à s'entendre sur un mandat qui aurait permis un renvoi en commission, elles ont décidé d'une suspension et d'un postulat. Vous pouvez lire le texte du postulat; il contient à la fois des demandes qui relèvent du libre-échange et de la poursuite de la politique de libre-échange actuelle et des mesures protectionnistes qui visent à renforcer le taux d'autoapprovisionnement. Il s'agit donc d'un postulat contradictoire que nous transmettons au Conseil fédéral et nous ne serons pas avancés d'un millimètre lorsque nous reprendrons cette question dans notre conseil.

La deuxième raison pour laquelle votre commission a choisi de suspendre ce projet, c'est parce qu'elle n'entend pas laisser le Conseil national se prononcer sur le fond. Le rapporteur de la commission vient de le rappeler: il juge, lui, cela positivement et considère que c'est un moyen pour le Conseil des Etats de garder l'objet en ses mains. Je considère pour ma part que nous jouons avec les institutions, qu'il est assez grossier d'interdire à l'un des conseils de se prononcer sur le fond et de recourir à des astuces formelles pour empêcher, durant quatre ou cinq ans, le Conseil national de se prononcer sur la politique agricole. Cela signifie que notre conseil prend en otage cette révision et interdit au Conseil national de se prononcer sur le fond. Cela n'a rien à voir avec le bicaméralisme. C'est un abus des procédures parlementaires. La seule décision que le Conseil national pourra prendre sera de savoir s'il approuve ou non la suspension. S'il devait refuser la suspension, il suffirait que nous la confirmions et le dossier serait alors suspendu.

Voilà pour les réflexions formelles qui m'amènent à conclure que la voie proposée ne correspond pas à l'esprit de nos institutions, ni à ce qu'on serait en droit d'attendre d'un parlement, ou d'une chambre du Parlement, en 2020.

J'en viens au fond, et cela est peut-être le plus important. J'aimerais vous enlever l'illusion qu'en votant la suspension, vous soutenez les paysans. J'aimerais vous dire que c'est précisément l'inverse. Vous sacrifiez les paysans en refusant aujourd'hui de débattre de l'avenir de la politique agricole et en suspendant complètement cette discussion pour une période de quatre ans. En refusant de faire notre travail de législateur, nous empêchons de prendre les mesures qui sont nécessaires pour accompagner l'écologisation de l'agriculture et l'ouverture des marchés.

Personne parmi vous – absolument personne – ne saurait soutenir que, durant quatre ans, le processus d'écologisation de l'agriculture va s'arrêter. C'est tellement l'inverse que nous avons, la session dernière ici et la semaine dernière au Conseil national, approuvé l'initiative parlementaire sur les pesticides qui vise à diminuer de 50 pour cent l'utilisation de pesticides. Les mesures pour atteindre cet objectif figurent dans la Politique agricole 2022 plus. Elles ne figurent pas dans l'initiative parlementaire que nous avons adoptée. Ce que nous faisons, c'est que nous demandons aux paysans de réduire massivement l'utilisation de pesticides, mais nous ne leur donnons pas les moyens de le faire. Nous ne prenons pas les mesures d'accompagnement qui seraient nécessaires; nous ne prononçons pas les crédits qui seraient nécessaires pour permettre aux paysans concernés, surtout dans le domaine des fruits et légumes et dans le domaine des céréales, d'atteindre ces objectifs. Nous nous contentons de constater qu'il ne serait pas nécessaire aujourd'hui de le faire.

L'écologisation de l'agriculture va se poursuivre, que vous acceptiez ou non d'en débattre. Idem pour l'ouverture des marchés. Nous votons en mars de cette année sur l'accord de libre-échange avec l'Indonésie. Croyez-vous que nous attendrons quatre ans pour débattre d'un accord de libre-échange avec le Mercosur? Croyez-vous que cela durera encore des années avant que nous ayons un accord avec la Malaisie? Nos paysans sont confrontés à cette ouverture des marchés. Nous devons les accompagner, nous devons les protéger, nous devons organiser cette ouverture des marchés et notre politique agricole de telle manière à ce qu'ils puissent en vivre.

La troisième évolution à laquelle vous allez être confrontés, c'est celle de la législation sur le plan européen. Dans le cadre du "New Green Deal" de l'Union européenne, des objectifs ont été fixés par celle-ci; ils ont été légèrement revus à la baisse par le Parlement européen récemment. Mais en gros la direction, c'est une réduction de 50 pour cent des risques liés aux pesticides; c'est une réduction de 20 pour cent de l'utilisation d'engrais; c'est une réduction de 50 pour cent de l'utilisation d'antibiotiques pour les animaux d'élevage; c'est au moins un quart des terres agricoles en exploitation bio.

Vu ces objectifs dans les pays voisins du nôtre, une adaptation de la politique agricole à partir de 2022 est nécessaire. Si nous ne bougeons pas en Suisse durant quatre ans, alors que l'Union européenne aura mis sa stratégie en oeuvre, nous ne pourrons plus expliquer aux consommateurs qu'ils doivent être solidaires et qu'ils doivent acheter des produits de proximité, si nous n'avons aucun avantage de ce point de vue là. Non



seulement il est à mon sens erroné de croire que nous pouvons mettre sur pause pendant quatre ans, parce que nous avons peur d'affronter les tensions entre des objectifs contradictoires qui existent dans la politique agricole, mais en plus, nous manquerions l'occasion d'entreprendre des réformes urgentes, qui ne peuvent pas être reportées aux calendes grecques.

Première de ces réformes urgentes, la situation des femmes dans l'agriculture. Tout le monde est d'accord pour considérer que nous avons un véritable problème. Si vous suspendez le traitement du projet, vous retardez de quatre ans encore, ou de cinq ans, une solution pour améliorer la situation des partenaires des exploitants agricoles. Ce serait éminemment dommageable.

Deuxième occasion manquée, une assurance récolte. On a vu les dégâts que les changements climatiques peuvent créer, notamment dans la viticulture. Le Conseil fédéral nous propose une assurance récolte. Celle-là aussi serait reportée aux calendes grecques.

Je viens d'un canton, le canton de Fribourg, dans lequel un cinquième des emplois sont liés à l'agriculture ou à la filière agroalimentaire. C'est quelque chose d'absolument décisif pour mon canton. J'ai voté – les plus anciens s'en souviennent – pratiquement de manière constante, y compris contre mon parti un certain nombre de fois, en faveur de l'agriculture au cours des dernières années, dans ce conseil ou au Conseil national, où je siégeais auparavant. Je ne suis pas d'accord avec tous les points de la politique agricole, notamment en matière de production laitière, quand je constate, vous le comprendrez, que les cantons de Fribourg, de Saint-Gall ou de Lucerne sont les cantons qui sont les plus fortement impactés. Je pense que nous devons procéder à des modifications dans le projet du Conseil fédéral, mais je crois que suspendre le projet va à l'encontre des intérêts des paysans. D'ailleurs, une bonne part d'entre eux l'ont vu, puisque dans les auditions que nous avons menées, les seuls à demander la suspension de cette politique agricole, c'est l'Union suisse des paysans. IP-Suisse et Bio Suisse se sont prononcés ce week-end et vous demandent de renoncer à suspendre le projet et de faire notre travail.

IP-Suisse et Bio Suisse ensemble, c'est à peu près un paysan sur deux. Cela pose la question de la stratégie qui est suivie aujourd'hui par l'Union suisse des paysans. Et cela pose la question du bon sens de la position que nous prenons. Les paysans qui se positionnent sur les marchés d'avenir nous disent qu'ils ont besoin d'un nouveau cadre législatif pour répondre, notamment, à la pression environnementale, à la pression des marchés et à l'évolution de la politique agricole dans l'Union européenne.

AB 2020 S 1346 / BO 2020 E 1346

Les cantons vous ont demandé d'entrer en matière sur ce projet et de renoncer à le suspendre. Par le biais de la Conférence des directeurs cantonaux de l'agriculture et de la Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement, ils nous demandent de traiter ce projet et de faire notre travail.

Mon canton, qui pourrait pourtant, au vu du projet présenté par le Conseil fédéral, grincer des dents, nous demande également de traiter ce projet et de renoncer à le suspendre, quitte ensuite à en modifier certains détails. Et vous pouvez compter sur moi pour y revenir et pour défendre l'industrie laitière dans les débats qui nous occuperont par la suite.

En gros, et pour être clair, à l'exception de l'Union suisse des paysans, tous les acteurs déterminants nous demandent de traiter cet objet, de rejeter la suspension proposée par la majorité. Comme président de la CER, je peux vous dire que nous avons planifié les choses de manière à ce que nous puissions commencer les travaux, si vous nous en donnez l'autorisation, dès le premier trimestre 2021 et que nous avançons assez rapidement au cours de l'année, y compris avec des modifications substantielles qui peuvent être apportées au projet du Conseil fédéral. Vous savez que votre commission – et la CER l'a montré à plusieurs reprises, notamment dans le domaine financier – est capable de faire preuve d'une certaine indépendance par rapport au Conseil fédéral.

Le rapporteur a annoncé neuf raisons de suspendre ce projet. Je les ai écoutées attentivement et je n'en ai pas retenu une seule, mes chers collègues. Vous nous dites: pas de nécessité de légiférer. Situation des femmes, assurances récoltes: vous nous dites que la politique actuelle est satisfaisante. Je ne suis pas sûr que la population, dans le domaine de l'eau, dans le domaine des prix, notamment des prix versés aux producteurs de lait, soit très enthousiaste quant à la politique actuelle et, à mon sens, elle demande plutôt une inflexion.

Vous nous dites que personne ne soutient le projet du Conseil fédéral. Par contre, je dois vous dire que tout le monde nous demande de rejeter cette proposition de suspension: à l'exception de l'Union suisse des paysans, toutes les autres organisations que nous avons entendues nous demandent de faire notre travail, ni plus ni moins.

Pas de perspective à long terme? Je crois que la perspective est assez claire, c'est de préparer notre agricul-



ture à l'ouverture des marchés, à l'écologisation, c'est de faire en sorte qu'on puisse garantir le revenu paysan dans un environnement qui change.

Vous nous parlez de taux d'autoapprovisionnement: on serait, avec cette réforme, à un taux de 52 pour cent, d'accord. Mais le meilleur moyen d'améliorer le taux d'autoapprovisionnement serait de transférer des cultures qui ont un certain succès en Suisse en cultures hautement énergétiques – le taux d'autoapprovisionnement est calculé en calories. Est-ce que l'avenir de l'agriculture suisse, c'est de planter partout de la betterave sucrière? Je n'en suis pas sûr. Et cela, d'ailleurs, indépendamment des difficultés auxquelles les producteurs de betteraves sont confrontés actuellement.

Je pourrais continuer cette liste, mais des points que vous amenez, il y en a peu qui me convainquent. En fait – et je corrige un peu ce que je vous ai dit tout à l'heure –, il y en a un seul qui me convainc: c'est que ce n'est pas à l'industrie laitière à payer ou à fournir l'effort pour compenser les mesures environnementales prises dans le domaine céréalier ou dans le domaine des fruits et légumes. Mais c'est quelque chose que l'on peut changer ensemble sans problème dans la réforme qui est proposée. Il suffirait de modifier les propositions du Conseil fédéral et de s'entretenir sur le cadre financier de cette réforme. Mais il est vrai que ce n'est pas, à mon avis, raisonnable de procéder de cette manière.

Tout ce que je peux vous dire est que cette proposition de suspension revient à refuser de faire notre travail, qu'elle est incroyablement dommageable pour les paysans et que celles et ceux qui, aujourd'hui, cèdent aux pressions de l'Union suisse des paysans rendent un bien mauvais service aux paysans de leur canton et à celles et ceux qui nous ont élus pour faire progresser la législation lorsque c'est nécessaire.

Thorens Goumaz Adèle (G, VD): La minorité a été défendue par M. Levrat à l'instant. Je prends moi la parole en tant que simple membre de la commission, si vous le voulez bien.

J'aimerais ajouter quelques mots à l'excellente introduction de notre collègue quant à la position de la minorité. La première question que nous devons nous poser pour savoir si nous devons suspendre ou non l'examen de la politique agricole est de savoir s'il y a nécessité d'agir, comme l'a d'ailleurs dit le rapporteur de la commission tout au début des débats. Cette question est la question centrale.

Je pense qu'il y a non seulement nécessité d'agir, mais qu'il y a urgence d'agir dans trois domaines, qui sont nos domaines fondamentaux d'activité, aux niveaux écologique, social et économique. Au niveau écologique, je ne veux pas revenir sur le bilan de l'impact de notre agriculture, dans son état actuel, sur l'eau, les sols, le climat et la biodiversité. On le sait, il y a un impact qui est trop fort et qui doit être réduit. J'aimerais simplement vous appeler à penser au message que nous donnerons aux citoyennes et aux citoyens aujourd'hui si nous décidons de suspendre l'examen de la politique agricole.

L'agriculture et l'alimentation sont des sujets sur lesquels il y a eu le plus d'initiatives populaires ces dernières années. L'on a voté sur trois objets fondamentaux en lien avec cette thématique, soit la sécurité alimentaire, la souveraineté alimentaire et les aliments équitables. Dans quelques mois, nous voterons sur l'accord de libre-échange avec l'Indonésie, cela a déjà été dit, suite à l'aboutissement du référendum "Stop huile de palme", produit qui est aussi un thème fort dans l'alimentation et l'agriculture. Et plusieurs initiatives populaires sont sur la table, non seulement les deux fameux textes traitant des pesticides, mais aussi une initiative sur l'élevage des animaux de rente dans notre pays et deux initiatives sur la thématique biodiversité et paysage. Il s'agit vraiment d'une préoccupation fondamentale de la population et nous, nous nous apprêtons – selon ce que recommande la majorité de la commission – à suspendre nos discussions et nos décisions sur la politique agricole pour des années. Je crois que c'est un message que la population ne pourra pas accepter, ni comprendre. Cela pour la thématique écologique et sociale.

Il y a aussi, cela a déjà été dit, un enjeu fondamental lié à l'égalité qui est traité par la Politique agricole 2022 plus, auquel je suis particulièrement sensible. Nous ne pouvons pas faire attendre les agricultrices ou des partenaires de chefs d'exploitation, vu leur situation extrêmement précaire et injustifiée actuellement en termes, notamment, de prévoyance. Je n'ai pas non plus besoin d'insister sur la situation très difficile, au niveau économique, des agricultrices et des agriculteurs qui ont besoin de nouvelles perspectives et de nouveaux instruments pour pouvoir rentabiliser leur exploitation.

On nous parle de cette fameuse initiative parlementaire 19.475. Elle est nécessaire, mais elle n'est pas suffisante puisqu'elle ne recouvre qu'une partie des enjeux écologiques actuels et qu'elle n'affronte pas du tout les enjeux économiques et sociaux.

Comme vous le savez, l'agriculture est astreinte à des objectifs en termes écologiques, des objectifs que, actuellement, elle n'atteint pas; ce n'est pas satisfaisant.

Si on compare l'initiative parlementaire 19.475 et la politique agricole à partir de 2022, on voit clairement une différence: l'initiative parlementaire répond à 5 des 13 objectifs environnementaux auxquels l'agriculture est



soumise alors que la Politique agricole 2022 plus aborde les 13 objectifs, soit la totalité, c'est-à-dire le sujet des pesticides et de la biodiversité évidemment, mais aussi le sujet majeur du climat, la protection du paysage et la protection des sols – ce sont aussi des thèmes très importants.

Nous devons avoir confiance en nous-mêmes, en notre capacité à affronter ce dossier même si tout le monde n'est pas content avec le projet du Conseil fédéral. C'est normal, c'est en général le cas chaque fois que nous abordons un dossier. Tout le monde n'est pas satisfait, mais nous devons avoir confiance dans notre capacité à nous mettre autour d'une table et à trouver des solutions pour notre environnement, pour nos agriculteurs et qui répondent aux attentes de la population, des citoyennes et des citoyens. Je pense que c'est

AB 2020 S 1347 / BO 2020 E 1347

absolument possible, nous en sommes capables et nous devons le faire dès maintenant.

Le postulat 20.3931 contient évidemment des questions très importantes. Je ne le nie pas; je trouve qu'il aborde des questions qui sont vitales pour notre société, notre économie et notre agriculture et auxquelles on aurait dû apporter des réponses depuis longtemps. Mais le fait que nous devions réfléchir à ces questions n'implique pas de suspendre nos travaux. Au contraire, nous avons les moyens de traiter ces grands questionnements dans le cadre du traitement de la politique agricole à partir de 2022. D'ailleurs, pour une partie de ces questions – pas pour toutes, je le concède –, la réflexion peut être poursuivie. Une partie de ces questions a déjà été abordée par l'administration fédérale qui a travaillé tout l'été passé pour nous fournir, à la rentrée, un rapport qui aborde notamment la question de la sécurité alimentaire et du taux d'autoapprovisionnement, des revenus agricoles, des charges administratives, de la capacité concurrentielle, des normes de production et de l'ouverture des marchés. On voit qu'on a déjà avec ce rapport une bonne base pour commencer notre travail.

J'aimerais en outre vous rendre attentifs à une interpellation que j'ai déposée et qui sera à l'ordre du jour de notre séance de demain: l'interpellation 20.4161 qui porte précisément sur un des thèmes centraux de la politique agricole et des débats y relatifs, à savoir le lien entre la sécurité alimentaire et le taux d'autoapprovisionnement. J'aimerais mentionner une partie de la réponse du Conseil fédéral, elle est vraiment très intéressante et pertinente pour nourrir nos débats sur la politique agricole. Le Conseil fédéral nous dit bien clairement qu'il ne faut pas confondre sécurité alimentaire et taux d'autoapprovisionnement. Une partie de cet enjeu a déjà été soulevée par M. Levrat: produire plus de calories, ce n'est pas forcément assurer la sécurité alimentaire ni une alimentation saine, diversifiée et à long terme. Ce n'est donc pas un bon indicateur de parler uniquement en termes de production de calories dans notre pays. Ce ne sont pas seulement des calories que demande la population; elle demande une alimentation saine, diversifiée et, surtout, que l'on puisse assurer sur le long terme.

Le Conseil fédéral le dit bien: on peut certes augmenter le rendement, le taux d'autoapprovisionnement par une agriculture intensive, mais ce faisant on détruit les bases mêmes de l'agriculture. On détruit nos sols, on détruit notre eau potable et on affecte la biodiversité et le climat. Sur le long terme, le taux d'autoapprovisionnement va s'effondrer si on continue à maltraiter les bases mêmes de notre agriculture. C'est vraiment une réflexion que nous devons mener sur le long terme. C'est la sécurité alimentaire, c'est un bon taux d'autoapprovisionnement sur le long terme, dans le respect des ressources, qui sont nécessaires à notre agriculture.

Ensuite, il faudrait tenir compte – et le Conseil fédéral le reconnaît également dans sa réponse à mon interpellation – de l'impact potentiel des innovations. Les scénarios qui nous ont été fournis avec la Politique agricole 2022 plus ne tiennent pas compte du potentiel d'innovation en matière agricole, que ce soit au niveau des innovations high-tech, comme par exemple la robotique ou l'exploitation du potentiel de la numérisation, ou des innovations comme celle de l'agroécologie ou de la permaculture qui soutiennent aussi les rendements sur le long terme. On peut donc se permettre d'être optimiste et de soutenir ces innovations pour renforcer le rendement et le taux d'autoapprovisionnement dans le respect des ressources sur lesquels repose notre agriculture.

Il faut aussi réduire tout simplement le gaspillage alimentaire, ce qui nous permettra d'avoir plus de produits alimentaires à disposition sans détruire nos ressources naturelles. Si on cessait déjà de jeter un tiers de ce qu'on produit, probablement que la pression sur la productivité et le rendement serait moins forte.

Enfin, le Conseil fédéral le dit dans sa réponse à mon interpellation, il est possible d'augmenter le taux d'autoapprovisionnement en produisant plus de calories végétales, plus de produits alimentaires végétaux, car actuellement la moitié de nos terres agricoles, dont certaines sont très productives, sont utilisées pour nourrir des animaux et non pas des êtres humains. Produire une plus grande quantité de produits alimentaires d'origine végétale est beaucoup plus efficace, et permet un meilleur rendement.

Toutes ces pistes existent, elles sont sur la table. Nous pouvons dès à présent commencer les discussions



et trouver des solutions tous ensemble pour cette politique agricole, dans l'intérêt des différentes parties prenantes.

M. Levrat l'a dit, et j'aimerais conclure là-dessus, l'entrée en matière est non seulement soutenue par la moitié des exploitants agricoles, mais aussi par les cantons. La Conférence des directeurs cantonaux de l'agriculture ainsi que la Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement recommandent d'entrer en matière. Nous sommes la Chambre des cantons et nous devons écouter la voix des cantons sur ce dossier. La Commission consultative pour l'agriculture a aussi recommandé d'entrer en matière, tout comme la Communauté d'intérêt pour le secteur agroalimentaire, qui comprend pas moins de 22 faitières et organisations, dont Coop, Migros, Nestlé et la Fédération des industries alimentaires suisses, Gastrosuisse et Hotelleriesuisse – je crois que ce sont des acteurs importants –, et ces acteurs-là sont favorables à entrer en discussion. Il y a également l'Alliance agraire – cela a été dit – avec la moitié des exploitations, via IP-Suisse et Bio Suisse, et enfin les organisations de consommateurs. N'oublions pas que c'est pour eux que nos paysans travaillent, c'est pour ces consommateurs qu'on produit des aliments dans notre pays et leur voix doit également être entendue.

Je vous encourage donc pour toutes ces raisons à ne pas suspendre le traitement de la Politique agricole 2022 plus, à entrer en matière, dans un esprit constructif, et à travailler ensemble à l'avenir durable de notre agriculture et de nos exploitations paysannes.

Noser Ruedi (RL, ZH): Nach diesen beiden alarmistischen Voten bitte ich Sie, wieder etwas mehr Gelassenheit in die Debatte zu bringen. Ich glaube, das kann man auch ohne Probleme begründen: Vor etwas weniger als dreissig Jahren haben wir Direktzahlungen eingeführt. Seit damals haben wir alle vier Jahre diese alarmistische Debatte. Nach vier Jahren stellen wir dann fest: Die Ziele sind nicht erreicht, die Unzufriedenheit bei den Bauern ist gestiegen, die Unzufriedenheit bei der anderen Seite ist gestiegen. Wir machen wieder eine neue Agrarpolitik – und nach vier Jahren haben wir wieder dieselbe Diskussion. Ich meine, wenn sich in diesen knapp dreissig Jahren etwas gezeigt hat, dann dies: dass es mal Zeit wäre, zu überprüfen, ob diese Art und Weise der Bearbeitung der Landwirtschaftspolitik wirklich sinnvoll ist oder nicht. Ich glaube, diese Zeit dürfen wir uns nehmen.

Herr Levrat hat zu Recht gesagt: 2018, als die Vision Landwirtschaft zur Diskussion stand, haben die Bauern uns diese Gesamtschau verweigert. Wenn Sie das Postulat jetzt richtig lesen, sehen Sie, dass es genau diese Gesamtschau verlangt. Und heute sagen die Bauern: Jawohl, wir wollen die Gesamtschau. Meiner Ansicht nach sollten wir diese Chance packen und uns jetzt auch die Zeit nehmen, um die Gesamtschau zu machen. Das ist eine gute Sache. Ich bin froh, wenn der Bauernverband seine Meinung geändert hat und jetzt in diese Gesamtschau einwilligt. Darum ist auch das Sistieren richtig, sie müssen ja dann auch mit uns die Diskussion führen und die Schlussfolgerungen aus dieser Gesamtschau mittragen. Ich gehe nicht davon aus, dass von dem, was dort gefunden wird, alle begeistert sein werden. Davon bin ich auch überzeugt. Gewisse Dinge, die vorhin Sie, Herr Levrat, oder die Vorrednerin gesagt haben, kann ich durchaus teilen. Das sehe ich auch so. Wir brauchen aber mal diese Gesamtschau.

Warum? Wir müssen auch einmal ehrlich miteinander sein: Auf dem Rücken der Landwirtschaft werden ganz viele Zielkonflikte ausgetragen, die wir in der Politik nicht zu lösen bereit sind, im Gegenteil, bei denen wir nicht mal anerkennen, dass sie existieren. Es gibt Zielkonflikte, einerseits in der Agrarpolitik selbst und andererseits zwischen Umweltschutz, Raumplanung und Tierschutz. Es geht nicht, hier drin zu sagen, man könne diese Zielkonflikte auflösen, indem man in

AB 2020 S 1348 / BO 2020 E 1348

der Agrarpolitik 2022 plus macht, was Initiativen und Vorstösse fordern – sie fordern zum Teil komplett gegenteilige Sachen –, und zu meinen, so komme man zu einer Lösung. So geht es nicht. Meiner Ansicht nach ist die Agrarpolitik 2022 plus die Dokumentation einer Konzeptlosigkeit innerhalb der Landwirtschaftspolitik. Auf der Basis eines konzeptlosen Konzepts müssen wir nicht legislieren.

Ich möchte Ihnen zwei, drei Dinge nennen, die diese Konzeptlosigkeit ziemlich klar aufzeigen. Es sind Details, und ich nenne nur einige, aber ich habe hier eine Liste mit fast fünfzig Beispielen; einfach damit Sie das wissen.

1. Einerseits machen wir Schleppschlauchprojekte, mit welchen wir den Ammoniakausstoss um 10 Prozent reduzieren wollen. Andererseits wird in der Massentierhaltung der Anbindestall liquidiert, und dafür werden Freilaufställe gemacht, bei denen 2,5 Mal mehr Ammoniak emittiert wird als bei Anbindeställen.

2. In der Raumplanung sagen wir, wir wollten keine Gebäude mehr ausserhalb der Bauzone, und gleichzeitig werden in der Massentierhaltungs-Initiative Laufställe gefordert, die 300 bis 400 Prozent mehr Fläche brauchen als Anbindeställe.



3. Wir möchten Pflanzenschutzmittel reduzieren, machen einen Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, haben miteinander eine Initiative formuliert, und gleichzeitig gewähren wir bei Pestiziden einen Discount auf die Mehrwertsteuer, sodass man dort nur einen reduzierten Satz zahlen muss.

Nehmen Sie allein unsere Traktandenliste in dieser Session: Wir behandeln am nächsten Donnerstag ein Postulat Vara (20.4166), das verlangt, dass man weniger synthetische Pestizide spritzt, weil sie anscheinend krebserregend sind, und als Nächstes eine Motion Stark (20.4168), die verlangt, dass man Zuckerrüben nach wie vor vorbehandeln kann, damit man weniger spritzen muss. Das haben wir auf der Agenda, hintereinander, Widerspruch an Widerspruch, eins zu eins. Es gibt noch mehr von diesen Dingen, die man machen kann. Und wir müssen den Mut haben, wir müssen effektiv den Mut haben, nicht einfach aufgrund von Volksinitiativen usw. zwischen diesen Widersprüchen hin und her zu gehen – weil es um Unternehmen in diesem Land geht, um Bauern, die investieren, die vorwärtskommen wollen! Wir müssen bereit sein, diese Widersprüche hier mal politisch aufzulösen und zu sagen: Was ist eigentlich die Zielsetzung der Landwirtschaftspolitik, und wie wollen wir sie langfristig eigentlich erreichen? Ich könnte noch mehr solche Zielkonflikte auflisten, aber ich möchte Sie damit nicht langweilen.

Damit komme ich zum Postulat. Ich persönlich bin überzeugt, dass wir in unserer Landwirtschaftspolitik einen Paradigmenwechsel brauchen. Wenn Sie davon ausgehen, dass es auf der Welt zwischen 2040 und 2050 fast zehn Milliarden Menschen geben wird, und wenn Sie davon ausgehen, dass der Klimawandel sehr viel Agrarland zerstören wird, dann können Sie davon ausgehen, dass wir in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren auf der Welt keinen Kalorienüberschuss haben werden, sondern eher das Gegenteil. Und wenn Sie davon ausgehen, dass das stimmt, dann müssen Sie in der Schweiz eine andere Landwirtschaftspolitik machen, nämlich eine intensive und nachhaltige Landwirtschaftspolitik, eine Landwirtschaftspolitik, die die Bevölkerung in unserem Land auch ernähren kann. Denn wir können als reicher Staat ja nicht einfach alle Lebensmittel auf der ganzen Welt einkaufen und damit anderen Menschen die Lebensmittel wegnehmen. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die als Leuchtturm dienen und aufzeigen kann, wie man es in der Welt richtig machen kann. Das wäre doch das Konzept, das wir hier brauchen!

Das heisst, Herr Bundesrat Parmelin, ich rufe Sie auf: Machen Sie eine Landwirtschaftspolitik, die unternehmerisch und innovativ ist, wie das gesagt wurde, und die den Freiraum lässt, um nachher wirklich arbeiten und wirken zu können. Wenn Sie innovativ sein wollen, meine Damen und Herren, können Sie nicht alle vier Jahre eine neue Landwirtschaftspolitik machen. Ein Investitionszyklus geht über zwölf Jahre, damit braucht es einfach mehr Zeit. Ich glaube, das ist es, was verlangt wird: dass wir dorthin kommen, wo wir in der Lage sind, eine langfristige Landwirtschaftspolitik mit einer klaren Zielsetzung zu machen.

Ich habe die Verwaltung gefragt, was die Zielsetzung dieser Agrarpolitik 2022 plus ist. Ich möchte niemanden zitieren, aber mir wurde mehr oder weniger hinter vorgehaltener Hand gesagt, mit dieser Agrarpolitik 2022 plus reagiere man einfach auf ein Sammelsurium von Vorstössen. Ich bin Unternehmer. Ich möchte nicht in einem Gebiet Unternehmer sein, in dem ich meine tägliche Arbeit nach den Vorstössen, die hier drin gemacht werden, ausrichten muss. Es ist ja klar, dass die alle widersprüchlich sind und so weiter. Ich möchte dann gerne, dass ich einen Bundesrat und eine Verwaltung habe, die langfristig ein Ziel verfolgen und auch die Rahmenbedingungen langfristig setzen, dass Rechtssicherheit gegeben ist für das, was ich tue, und dass ich unternehmerisch vorwärtsmachen kann.

Nur noch eine kleine Bemerkung: Man kann schon sagen, es sei im Endeffekt effizienter, weniger Fleisch zu essen und mehr andere Produkte zu machen. Aber das entscheidet nicht der Landwirt, der Konsument entscheidet! Und solange der Konsument etwas anderes kauft, als der Stimmbürger an der Urne bereit ist zu bestellen, so lange können Sie den Konflikt nicht auf dem Rücken der Bauern austragen. Wenn der Konsument weniger Fleisch kauft, dann bin ich auch bei Ihnen, dann soll weniger Fleisch produziert werden. Aber solange der Konsument es kauft – das ist meine Ansicht –, soll es Schweizer Fleisch sein. Erst wenn er es nicht mehr kauft, kann es woanders produziert werden. Ich will auf keinen Fall, dass man – wie es jetzt in der Agrarpolitik 2022 plus gemacht wird – eigentlich die tierische Produktion zurückfährt und dann nachher auf diesem Gebiet mehr Importe machen muss. Es wird ja keine Lösung vorgeschlagen, wie man den Konsumenten zur richtigen Sache bringt.

Schauen Sie das Postulat an, dort sprechen wir über diese Dinge. Das muss man anschauen. Aber ich bin nicht mehr bereit, die Sache auf dem Rücken der Bauern auszutragen, weil man den Konsumenten nicht anpasst, da es Ihr Wähler ist, und weil man den Stimmbürger nicht anpasst, da es auch Ihr Wähler ist. Das ist einfach unehrlich. Darum wäre es Zeit für eine ehrliche Politik. Nehmen wir uns diese Zeit. Es geht zwei, drei Jahre, Herr Levrat, das ist überhaupt kein Problem verglichen mit den dreissig Jahren, seit denen wir jetzt in diesem Rat eine Geschichte zu dem Thema haben. Nehmen wir uns diese zwei, drei Jahre Zeit, schauen wir die Sache an, und entscheiden wir dann en connaissance de cause, was wir machen wollen, was wir tun



wollen.

Darum bitte ich Sie, der Sistierung zuzustimmen und die Finanzbeschlüsse zu bestätigen.

Schmid Martin (RL, GR): Ich möchte Ihnen meine Position zu diesem Geschäft darlegen. Ich glaube, sie weicht von allen Positionen ab, die Sie bisher gehört haben.

Ich hätte mich am Anfang vorbehaltlos für Eintreten auf die Vorlage ausgesprochen. Ich bin immer noch überzeugt, dass Eintreten auf die Vorlage die richtige Antwort auf berechnete Fragen ist. Ich möchte es nicht wiederholen: Kolleginnen und Kollegen haben darauf hingewiesen, dass es tatsächlich extrem viele Widersprüche und Zielkonflikte in der Landwirtschaftspolitik gibt. Es ist tatsächlich so, dass wir riesige Herausforderungen haben.

Zwischenzeitlich haben wir aber den Zahlungsrahmen aufgegleist. Wir haben inzwischen die parlamentarische Initiative zu den Pestiziden und zum Trinkwasser quasi aufgegleist. Da frage ich mich schon, was es jetzt noch für einen Sinn macht, sich mit dieser Vorlage zu beschäftigen. Kollege Noser hat eigentlich alle Gründe dargelegt, die in der Konsequenz nicht dazu führen müssten, einen Bericht zu verlangen, also ein Postulat einzureichen, sondern dazu, diese Vorlage an den Absender, an den Bundesrat, zurückzuweisen.

Wenn man bis in zwei Jahren diesen Bericht macht, dann kommt dieser Bericht wiederum in die WAK. Wir werden wiederum vor der Kardinalfrage stehen: Wollen wir auf eine Botschaft eintreten, wollen wir diese Diskussion beginnen, wo wir uns ja nicht zutrauen, diese Fragen als Parlament selber zu beantworten? Ich bin da nahe bei Kollege Noser: Die Herausforderungen in der Landwirtschaft sind derart, dass ich es richtig finden würde, wenn der Bundesrat von Anfang an eine

AB 2020 S 1349 / BO 2020 E 1349

neue Agrarpolitik aufgleisen würde, aber quasi als bundesrätliche Politik.

Zwischenzeitlich hätten wir den Zahlungsrahmen gesichert. Wir hätten die Antworten auf die Trinkwasser- und die Pestizid-Initiative. Und beim Rest haben wir aus meiner Sicht keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, wie das auch der Kommissionssprecher gesagt hat.

Aber für die anderen Themen werden wir in der Kommission kaum eine Lösung finden, selbst wenn wir einen zusätzlichen Bericht haben. Wir haben solche Berichte schon aus dem Jahr 2017. Wir brauchen aber eine politische Meinungsäusserung zur Frage, wohin die Landwirtschaft gehen soll, wo die Investitionen der Zukunft sein sollen, wo junge Bauern in unserem Land eine Zukunft sehen sollen. Ich glaube, wir sind es den Bauern und der Bevölkerung schuldig, dass wir darauf Antworten geben.

Hier komme ich zum Schluss, dass es eigentlich richtig wäre, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Das ist keine Kritik am Bundesrat. Er hat ausgeführt, was zu tun war. Aber ich glaube, dass sich inzwischen verschiedene Widersprüche klarer akzentuieren. In der UREK beschäftigen wir uns mit der Raumplanungsgesetzgebung, wir diskutieren die RPG-2-Vorlage, wo wir uns mit den Herausforderungen der Landschaftsschutz-Initiative zu befassen haben. Wir haben ein CO₂-Gesetz verabschiedet, bei dem wir sehen, dass in diesem Bereich extrem viele Herausforderungen die Landwirtschaft betreffen. In der Agrarpolitik 2022 plus geben wir keine Antworten auf diese Fragen. Auch die Botschaft des Bundesrates gibt hierauf keine Antworten.

Gleichzeitig haben wir uns mit Energiefragen zu beschäftigen. Ich glaube, da bin ich nahe bei Kollege Noser. Ich denke, dass wir in der Zukunft eine produzierende, in diesem Sinne eine intensive, aber auch nachhaltige Landwirtschaft brauchen. Ich sage allen Mittellandkantonen, und das betrifft auch die Kommission: Als Präsident des Verbandes der Schweizerischen Gasindustrie verstehe ich nicht, dass wir nicht bei der Biomasse, bei der Gülle ansetzen, wo wir produzierende Landwirtschaft und Energieproduktion kombinieren können. Das sind Fragen, die wir in der Kommission beantworten müssen.

Ich glaube einfach nicht, dass wir das mit dem Postulat, mit den Antworten, die wir dann haben werden, in einem nächsten Schritt machen können. Daran glaube ich schlicht nicht. Denn das ist zu komplex, das kann nur der Bundesrat lösen. Deshalb wäre ich dafür, dass wir in der heutigen Ausgangslage und auch aufgrund der politischen Diskussion am Schluss so ehrlich sind und sagen: Die Sistierung löst die Probleme nicht. Wir werden in zwei Jahren, wenn die Sistierung aufgehoben ist, genau wieder darüber diskutieren, ob wir eintreten wollen oder nicht.

Meines Erachtens wäre es ehrlicher gewesen, darüber zu entscheiden, ob wir eintreten oder nicht eintreten. Aber die Sistierung kann ich in diesem Sinne aufgrund dieser Begründung nicht unterstützen.

Zanetti Roberto (S, SO): Ich habe das Privileg, Bundesrat Willi Ritschard noch persönlich gekannt zu haben. Als Willi Ritschard Verkehrs- und Energieminister geworden war, da machte man Gesamtverkehrskonzeptionen und Gesamtenergiekonzeptionen. Und im vertrauten Kreis – er wohnte in einem Nachbardorf – sagte er:



Wenn du Ruhe haben willst, musst du eine Gesamtkonzeption entwickeln lassen. Das hier erinnert mich ein bisschen an diesen Ausspruch von Willi Ritschard.

Meint jemand im Ernst, dass wir innerhalb von zwei Jahren eine Neuerfindung der Agrarpolitik haben werden? Dann glaubt er wirklich an den Storch und an den Weihnachtsmann. Wenn Sie den Wortlaut des Postulates lesen, wirkt er ein bisschen kompliziert und holprig. Dann gehe ich zur Botschaft des Bundesrates, und zwar zum Anfang, zur Übersicht, zum Fettgedruckten. Ich lese zwei, drei Sätze vor: "Mit der Agrarpolitik ab 2022 will der Bundesrat die agrarpolitischen Rahmenbedingungen in den Bereichen Markt, Betrieb und Umwelt verbessern. Die Land- und Ernährungswirtschaft soll die Wertschöpfung am Markt steigern, die betriebliche Effizienz erhöhen und die Umweltbelastung sowie den Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen weiter reduzieren." Das ist ein bisschen eleganter formuliert als der schwerfällige und holprige Text des Postulates, aber eigentlich gibt es sehr viele Schnittmengen.

Und von den Widersprüchen und Gegensätzlichkeiten können wir uns nun einmal nicht befreien. Ich meine, wenn wir Ruedi Noser hören, dann geht es um mehr Markt und unternehmerische Freiheit – super, einverstanden. Wenn wir seinen Gegenpart oder seinen Partner da bei diesem Hintertreppendeal anhören würden, dann wäre es etwas ganz anderes. Wenn ich meine Vorrednerin Adèle Thorens Goumaz höre: Sie will mehr Ökologie und Nachhaltigkeit. Und das ist eben der Gegenpart zum Deal zwischen Economiesuisse und Bauernverband – dort geht es um Produktion und mehr Geld. Das ist alles legitim. Bei diesen Widersprüchen, diesem Dreieck an unterschiedlichen Interessen, kann der Bundesrat noch hundert Berichte machen. Darin ist er immer gefangen. Da kann er einen Schwerpunkt setzen und sagen: Ja gut, aufgrund des Zeitgeistes machen wir ein bisschen mehr Ökologie. Dann wird die eine Seite des Saales ein Referendum machen. Oder er sagt: Ja gut, forcieren wir beim Selbstversorgungsgrad und bei der Produktion und beim Einkommen. Dann wird die andere Seite des Saales ein Referendum machen. Und dann stirbt das Ganze. Wir sind einfach dazu verpflichtet, dazu verdammt, einen Kompromiss zu machen.

Abgesehen davon: Diesen Bericht, den kann man meinerwegen machen lassen, damit die Leute in der Verwaltung auch wissen, was sie in der nächsten Zeit machen. Ich bin überzeugt, dass es keinen Erkenntnisgewinn gibt. Den Zeitgewinn, der ursprünglich beabsichtigt war, den gab es schon. So gesehen, braucht es den Bericht gar nicht, aber meinerwegen kann man ihn machen.

Aber die Sistierung der Vorlage macht schlicht und einfach keinen Sinn. Ich erinnere mich, dass bei der Diskussion der Vorlage zur Agrarpolitik 2014–2017 ein geschätzter Kollege auf der anderen Seite des Saales gesagt hat, der Unterschied zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Sowjetunion sei, dass man bei uns Vierjahrespläne mache und man in der Sowjetunion Fünfjahrespläne gemacht habe. Die ganze Geschichte der Agrarpolitik 2014–2017 hat man 2013 konzipiert. Dann hat man es bis 2017 laufen lassen. Dann hat man gesagt: Damit Planungssicherheit besteht und keine Veränderungsschocks passieren, läuft es weiter bis 2021. Wenn wir das Geschäft jetzt sistieren, dann haben wir irgendwann Zwölfjahrespläne. Und ich muss Ihnen sagen, die Landwirtschaftspolitik muss sich eben weiterentwickeln. Bei gewissen Punkten würden wir wahrscheinlich sogar eine Gemeinsamkeit entdecken. Die Entwicklung soll eben stetig passieren und nicht sprunghaft.

Deshalb bin ich überzeugt: Dieser Entwicklungsschritt der Agrarpolitik 2022 plus, der muss ohnehin passieren, also mehr Ökologie, mehr soziale Verantwortung – zum Beispiel gegenüber den Partnerinnen der Betriebsinhaber – und, und, und. Das muss so oder so passieren. Wenn jetzt meinerwegen dieser Bericht – von dem ich nicht allzu viel erwarte, aber sei's drum – erstellt wird und dann wirklich einen Erkenntnisgewinn bringt, dann können wir für die künftigen Agrarpolitiken, das wären dann die Agrarpolitik 2026 und folgende, diese grosse Auslegeordnung machen. Aber unter uns gesagt: Ich glaube nicht, dass allzu viel passieren wird.

Jetzt komme ich noch schnell zum Zeithorizont dieser ganzen Geschichte. Der Mehrheitssprecher hat gesagt, dass das ursprüngliche zeitliche Ziel war – ziemlich ambitioniert, unter uns gesagt –, dass wir die Vorlage jetzt behandeln. Wenn wir jetzt nicht Sistierung beschliessen, dann wird die Vorlage frühestens in der Sommersession hier ins Plenum kommen. Danach geht sie hinüber in den Schwesterrat. Die Kommission wird auch noch ein bisschen hin und her tändeln. Die Beratung wird also allerfrühestens in der Wintersession des kommenden Jahres abgeschlossen. Das heisst, die Inkraftsetzung kann realistischweise auf das Jahr 2023 erfolgen.

Wenn wir jetzt sistieren, dann verlieren wir sicher mal zwei Jahre, bis der Bericht erstellt ist. Wenn der Bericht dann einfach zur Folge hat, dass wir eine Agrarpolitik 2022 plus machen, also plus zwei Jahre, weil wir zwei Jahre verloren haben, dann verschiebt sich das eben alles um zwei Jahre.

AB 2020 S 1350 / BO 2020 E 1350

Wenn dieser Bericht wirklich zu neuen Erkenntnissen kommen sollte, dann dauert es zwei, drei Jahre, bis man diese hin und her diskutiert hat und bis der Bundesrat eine neue Botschaft zusammengeschustert hat. Das



würde dann bedeuten, dass wir vier oder fünf Jahre verlieren. Dann würde das dann plötzlich zu einer Agrarpolitik 2026 oder 2027 oder 2028. Wir hätten dann etwa vierzehn Jahre agrarpolitischen Stillstand. Ich muss Ihnen ganz, ganz ehrlich sagen: Ich glaube nicht, dass uns das weiterbringt.

Und nun einfach, damit wir da Klartext sprechen: Die ganze Geschichte geht darauf zurück, dass auf der einen Seite wegen der Konzernverantwortungs-Initiative Aufregungen bei der Economiesuisse zu beruhigen waren und auf der anderen Seite die Trinkwasser- und die Pestizid-Initiative eine Stresssituation beim Bauernverband hervorriefen. Da hat man gesagt: wenn du mir, dann ich dir. Das Ziel ist nun erreicht. Die Konzernverantwortungs-Initiative ist vom Tisch. Wer auch immer sich als Sieger inszenieren kann – die Sache ist vom Tisch. Die Trinkwasser- und die Pestizid-Initiative werden vor der endgültigen Verabschiedung dieser Agrarpolitik zur Abstimmung kommen. Die Agrarpolitik wäre dann meinetwegen im Ständerat verabschiedet. Aber der grosse Streit wird dann im Nationalrat abgehen, nach der Abstimmung über diese Initiativen. Ich würde sagen, dass beide Seiten bei diesem Deal ihr Gesicht wahren könnten, wenn man die Sistierung aufheben würde, selbst wenn die Sistierung wirklich nur dem Zeit- und nicht dem Erkenntnisgewinn geschuldet wäre.

Ich muss Ihnen ganz, ganz ehrlich sagen, und das ist auch von meiner Vorrednerin, Adèle Thorens Goumaz, und von meinem Vorredner, Christian Levrat, erwähnt worden: Eigentlich finden alle, dass man vorangehen und diese Agrarpolitik 2022 plus an die Hand nehmen soll. Die Einzige, die sperrig tut, ist die Spitze des Bauernverbandes, und mich ärgert dieser Alleinvertretungs- und Unfehlbarkeitsanspruch der Bauernverbandsspitze langsam. 50 Prozent der Betriebe sind bei Bio Suisse oder IP-Suisse oder Demeter Schweiz oder Mutterkuh Schweiz und was es da alles an alternativen Bauernorganisationen gibt. Das sind 50 Prozent der Betriebe. Die Agrarproduktion ist nicht nur eine Sache der Bäuerinnen und Bauern und des Bauernverbandes. Da sind auch Konsumentinnen und Konsumenten, da ist die ganze Wertschöpfungskette involviert. Alle diese Player wollen eigentlich, dass man das behandelt. Dann kommt einfach ein selbst ernannter Besserwisser mit seinem Unfehlbarkeits- und Alleinvertretungsanspruch und sagt: Wir blockieren.

Für mich stellt sich wirklich langsam die Frage: Wo ist die agrarpolitische Deutungshoheit? Ist sie in diesem Saal und meinetwegen im Saal des Schwesterrates? Oder liegt sie in Brugg in einem Bürokraten-Hinterzimmer, wo die sagen, was passieren soll? Das ist für mich auch eine Frage der parlamentarischen Glaubwürdigkeit. Also noch einmal: Wir werden keine grossen neuen Erkenntnisse gewinnen – und wenn doch, werden sie genau in diesem Spannungsfeld von Ökonomie, Ökologie und zweimal Klingeln in der Kasse liegen. Ich komme dann gegebenenfalls bei einem anderen Entscheid darauf zurück.

Wir vergeben uns nichts, wenn wir dieses Postulat – als Beschäftigungstherapie – annehmen. Aber wir müssen die Agrarpolitik 2022 plus an die Hand nehmen. Der Ständerat und die ständerätlichen Kommissionen haben bereits in schwierigeren Situationen Lösungen gefunden, unabhängig von äusseren Einflüsterern. Wir finden auch hier eine Lösung, sodass eben eine stetige Weiterentwicklung der Agrarpolitik möglich ist, ohne dass wir die Leute dann in zwei, vier oder sechs Jahren mit Schockergebnissen erschüttern müssen.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Sistierungsantrag, der ursprünglich einer völlig anderen Zielsetzung diene, abzulehnen, die Behandlung des Geschäfts an die Hand zu nehmen und meinetwegen, wenn Sie nicht anders können, das Postulat anzunehmen. Es wird nicht allzu viel nützen, aber es schadet auch nicht übertrieben viel. Aber das, was wichtig ist, hat auch mit dem agrarpolitischen Selbstverständnis dieses Hauses zu tun. Wir wollen die agrarpolitische Debatte von uns aus gestalten und nicht von Brugg aus gestalten lassen.

Ich bitte Sie, der Minderheit zu folgen und die Sistierung abzulehnen.

Knecht Hansjörg (V, AG): Auch ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Beratung der Entwürfe 1 bis 3 zu sistieren. Aufgrund der vorgerückten Zeit fasse ich mich relativ kurz und beschränke mich vor allem auf zwei Punkte, zu denen ich in der Vergangenheit auch mit Vorstössen aktiv war.

Einerseits habe ich 2014 die parlamentarische Initiative 14.409 eingereicht, welche eine Verbesserung der Kraftfutterbilanz bezweckte. Ich bin der Überzeugung, dass eine ausreichende einheimische Kraftfutterproduktion letztlich die Grundlage für eine nachhaltige schweizerische Fleisch- und Eierproduktion ist. Leider wurde dieser parlamentarischen Initiative hauchdünn keine Folge gegeben. Der wichtigste Grund für die Ablehnung war die Auffassung, es sei noch zu früh, um die Auswirkungen der Agrarpolitik 2014–2017 zuverlässig einschätzen zu können und bereits Korrekturen daran vorzunehmen.

Andererseits habe ich im selben Jahr, im Sommer 2014, das Postulat 14.3514, "Agrarpolitik 2018–2021. Massnahmenplan zum Abbau der überbordenden Bürokratie und zur Personalreduktion in der Verwaltung", eingereicht. Der Inhalt dieses Vorstosses ergibt sich schon aus dem Titel. Der Bundesrat wurde damals gebeten aufzuzeigen, wie durch eine Vereinfachung der Auflagen der Kontrollaufwand nachhaltig verringert und dadurch auch der Personalaufwand in der Verwaltung gesenkt werden kann. Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates, der Nationalrat ist ihm gefolgt.



Heute muss ich leider feststellen, dass der Bundesrat in seiner Botschaft zur Agrarpolitik ab 2022 diese Anliegen überhaupt nicht berücksichtigt hat. Im Gegenteil, er möchte – was meinem damals auch von ihm unterstützten Postulat diametral widerspricht – den administrativen Aufwand noch weiter ausbauen. Das ist nicht etwa etwas, was nur ich sehe, sondern es wird vor allem auch aus den Kantonen moniert. In einem Factsheet des Kantons Aargau heisst es unter anderem, dass in der Agrarpolitik 2022 plus die Senkung des administrativen Aufwandes nicht ausreichend berücksichtigt werde. Es wird auch verlangt, dass im Bereich der Direktzahlungen echte administrative Vereinfachungen umgesetzt werden. Es ist einfach alles viel zu kompliziert!

Der Handlungsspielraum der Kantone ist viel zu klein, und vor allem wird die Verwaltung immer mehr aufgebläht. Das kann es aus meiner Sicht nicht sein. Denn Bürokratie hilft schliesslich niemandem, sondern sie schadet. Vor allem schadet sie nicht nur den Landwirten, sondern auch den Konsumenten. Sie kostet nämlich viel Geld, bindet Zeit und Energie und lenkt vom Wesentlichen ab.

Auch der Sicherstellung eines angemessenen Selbstversorgungsgrades wird in den Plänen des Bundesrates nur ungenügend Rechnung getragen. Der Selbstversorgungsgrad – das haben wir ja auch gehört – soll gar zurückgehen. Dabei hat, daran erinnere ich Sie, die Stimmbevölkerung den Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit mit fast 80 Prozent der Stimmen gutgeheissen. Spätestens die Corona-Krise hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig eine angemessene Selbstversorgung ist. Deswegen sind die Zielsetzungen des Bundesrates aus meiner Sicht weder nachvollziehbar noch hinnehmbar.

Das Kommissionspostulat nimmt hingegen die wesentlichen Punkte auf, welche eigentlich schon die Botschaft hätte enthalten sollen, zum Beispiel die Erhaltung des Selbstversorgungsgrades oder die Reduktion der Bürokratie. Was die Verzögerungen durch das Postulat anbelangt, die der Bundesrat auch moniert: Es obliegt ja jetzt dem Bundesrat, möglichst zeitnah einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Das Postulat verlangt ja einen entsprechenden Bericht bis spätestens 2022. Tatsache ist, dass die vom Bundesrat vorgelegten Gesetzentwürfe aus meiner Sicht solch grundlegender Änderungen bedürfen, dass ein Marschhalt und die entsprechende Verschiebung der parlamentarischen Beratung in Kauf zu nehmen sind.

Ich bitte Sie deshalb, wie eingangs erwähnt, der Kommissionsmehrheit zu folgen und die Entwürfe 1 bis 3 zu sistieren.

AB 2020 S 1351 / BO 2020 E 1351

Salzmann Werner (V, BE): Als Bauernsohn und gelernter Landwirt schmerzt mich bei der Debatte im Rahmen dieser Vorlagen inklusive Initiativen, wie die Landwirtschaft dargestellt wird, wie auf ihr herumgehakt wird, wie sie bei jeder möglichen Gelegenheit als Umweltsünderin, Tierquälerin oder sogar Schmarotzerin hingestellt wird. Dabei weiss man, dass die grosse Mehrheit der Landwirte das Beste gibt für die Produktion von Nahrungsmitteln, zum Teil 60 Stunden und mehr pro Woche arbeitet und auf vieles verzichtet, weil sie nicht nur einen Beruf haben, sondern eine Berufung: Sie fühlen sich ihrem Heimet verbunden. Den Landwirten wird aber immer mehr auferlegt, verordnet – und politisch wird sogar versucht, ihnen die Direktzahlungen zu kürzen, wenn sie den ideologischen Vorstellungen gewisser Kreise nicht folgen. Das ist meines Erachtens Erpressung! Die gleichen Leute dulden dann den Einkaufstourismus oder praktizieren ihn gar selber; dabei nehmen sie ohne Scham hin, dass Lebensmittel aus unkontrollierter Produktion importiert werden und somit die Umwelt durch Transporte quer über die Welt mehr belastet wird.

Es ist auch nicht sachgerecht zu behaupten, die Bauern verdienen zu viel oder genug. Trotz massiver Rationalisierungsmassnahmen und sogar Flächengewinnen – weil viele Betriebe aufgegeben wurden – liegt der durchschnittliche Arbeitsverdienst in der Landwirtschaft viel tiefer als in den meisten vergleichbaren Branchen. Und jetzt soll es durch diese Agrarpolitik 2022 plus noch weiter runtergehen? 40 000 bis 60 000 Franken im Durchschnitt pro Arbeitskraft und Jahr sind beileibe ein sehr bescheidener Verdienst.

Wenn wir in unserem Land die Ernährungssicherheit garantieren wollen, müssen wir ganzheitlich vorgehen, da bin ich mit den Kollegen aus diesen Kreisen einverstanden. Die Ernährung der Bevölkerung in der Schweiz ist nämlich eine systemrelevante Aufgabe. Ich glaube, dass wir uns da auch einig sind. Wir sind uns aber nicht darüber einig, welcher Weg dorthin führen soll. Ich werde jedenfalls keinen Weg unterstützen, der die Landwirtschaft einseitig beschuldigt, einseitig in die Pflicht nimmt, das Bauernsterben fortsetzt, den Selbstversorgungsgrad weiter senkt und gleichzeitig die Grenze für Billigimporte öffnet.

Ich habe sie auch gelesen, Frau Thorens Goumaz, die Antwort auf Ihre Interpellation. Ich musste schon staunen, darin die Begründung zu finden, dass sich, wenn alle Vegetarier wären, der Selbstversorgungsgrad steigern liesse. Ich lasse mir aber nicht durch ideologische Konzepte Vorschriften machen! Wenn mein Grosskind zu mir sagt: "Grossvattu, ich möchte jetzt Vegetarierin werden, aber ich bestelle ein Cordon bleu", da muss ich sagen, dass sie gar nicht weiss, wovon sie spricht. Das ist die Realität.



Die Schweiz ist ein Grasland. Hier kann man nicht Ackerbau betreiben. Wie wollen Sie auf der Alp im Lötschental Mais anpflanzen, wie wollen Sie irgendwo im Emmental Getreide anpflanzen? Ich könnte weitere Beispiele nennen. Das sind Höhenlagen, die nicht dafür geeignet sind. Wir haben Grasland, und dieses eignet sich einzig für die Fleisch- und Milchproduktion. Das ist die schweizerische Grundlage.

Ich möchte auch eine Ernährungswirtschaft mit geschlossenen Kreisläufen für die Nährstoffe in der gesamten Wertschöpfungskette. Das will auch das Postulat. Das heisst, alle müssen Verantwortung übernehmen, nicht nur einseitig die Bauern. Ich möchte auch eine Landwirtschaft, die in der Lage ist, unsere Bevölkerung in Friedens- und in Krisenzeiten nachhaltig zu ernähren. Und ich möchte eine Pflichtlagerhaltung, die diesen Namen verdient.

Was mir ganz wichtig ist: Ich möchte, dass Bauern, wenn sie ihr Einkommen im Haupterwerb aus der Landwirtschaftsproduktion haben, ihre Existenz durch diese Arbeit sichern können und nicht mit Nebenerwerben ihre Verluste querfinanzieren müssen und dadurch einer massiven Arbeitsbelastung ausgesetzt sind. Die bäuerlichen Einkommen müssen wieder stärker über die Produzentenpreise am Markt erwirtschaftet werden. Da bin ich ganz auf der Seite von Herrn Noser. Somit steigt eben die Motivation für die jungen Landwirte, die Betriebe zu übernehmen. Sie sehen, dass sich Einsatz lohnt – nicht die Optimierung der Direktzahlungen auf den Betrieb, sondern die Arbeit für die Produktion der Nahrungsmittel.

Dazu braucht es aber auch einen Zwischenhandel, der bereit ist, faire Preise für die in der Schweiz zu hohen Kosten produzierten Nahrungsmittel zu zahlen, und Konsumenten, die bereit sind, mehr als 6 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Nahrungsmittel auszugeben. Die letzten Monate haben mich eigentlich positiv gestimmt. Sie haben vielen Menschen die Augen geöffnet. Die Menschen haben erkannt, wie wichtig die einheimische Produktion ist. Vielleicht haben Sie auch bemerkt, wie viele Leute in Hofläden einkaufen gegangen sind. Die Menschen schätzen die einheimische Produktion, sie wissen zu schätzen, was Schweizer Gemüse, Früchte, Fleisch wert ist. Dieser Wert hat aber eben auch einen Preis, und das ist die Grundlage für die Existenz der Bauern.

Es ist auch nicht die Schuld der Bauern, wenn Fleisch im Ausland billiger ist. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, mir blutete das Herz, als ich sah, wie die Leute nach der Öffnung der Grenze als Erstes wieder nach Deutschland fuhren und dort billige Nahrungsmittel einkauften.

Obwohl jetzt die bäuerlichen Einkommen so tief sind, will der Bundesrat in der Agrarpolitik ab 2022 das Einkommen der Gesamtländwirtschaft noch mehr senken. Gleichzeitig sollen die Anforderungen steigen. Wenn es nach den trügerischen Initiativen – der Trinkwasser-Initiative und der Pestizid-Initiative – ginge, würde der Selbstversorgungsgrad 20 bis 40 Prozent weniger Erträge bringen. Auch eine Umstellung auf reine Ackerbauprodukte würde dazu führen, dass wir sie – wie die Menschen – medizinisch behandeln müssten, wenn sie gesund bleiben sollen. Darum kommen Sie nicht herum. Gleichzeitig würde das zu höheren Produktpreisen führen, und es würde noch mehr im Ausland eingekauft.

Zudem haben wir Importe, die notabene nicht nach den strengen Standards geprüft werden wie Produkte in der Schweiz, wenn sie über die Grenze kommen. Nur ein kleines Beispiel: Bei Lebensmitteln aus Asien liegt die Beanstandungsquote bei 30 Prozent, bei Schweizer Produkten liegt sie gerade mal bei 2 bis 3 Prozent.

Ich bin überzeugt, dass eine Mehrheit der Konsumentinnen und Konsumenten einheimische Produktion will und auch bereit und in der Lage ist, etwas mehr dafür zu bezahlen. Das überdeutliche Ja des Stimmvolks zum Verfassungsartikel über die Ernährungssicherheit hat es gezeigt. Deshalb ist es für mich politisch eigentlich folgerichtig: Wir dürfen das Einkommen der Bauern nicht weiter senken, denn wir gefährden damit die Existenz von Hunderten, wenn nicht Tausenden Betrieben.

Deshalb bitte ich Sie, beim Bundesbeschluss 4 der Mehrheit zuzustimmen. Die Sistierung der Agrarpolitik ist vielleicht nicht der optimale Weg. Mir wäre eine Rückweisung auch lieber gewesen. Die Sistierung ist jetzt aber auf dem Tisch. Deswegen will ich ihr auch zustimmen und empfehle Ihnen, dasselbe zu machen und eben auch dem Postulat zuzustimmen, damit die Agrarpolitik mit Blick auf eine gesamtheitliche Ernährungspolitik überarbeitet werden kann – auch wenn das jetzt ein wenig länger dauert. Mit einem Planungshorizont von vier Jahren kann kein Bauer wirtschaften. Stellen Sie sich vor, er baut einen Stall als Grundlage für seinen Hofdünger-Kreislauf. Vier Jahre später wird alles auf den Kopf gestellt. Das ist jetzt immer und immer wieder geschehen. Wir brauchen eine sichere Planungsgrundlage für unsere Landwirtschaftsbetriebe. Dazu gehört eben auch, wie es Kollege Noser erwähnt hat, die Raumplanung. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt in der Entwicklung unserer Betriebe.

Graf Maya (G, BL): Es ist sehr gut, dass ich nach Kollege Salzmann spreche, denn ich kann vieles von dem, was er uns sagte, unterstützen. Nur komme ich zu einem ganz anderen Schluss. Stillstand bedeutet in unserer Agrarpolitik nämlich Rückschritt. Stillstand bedeutet für unsere Bauernfamilien, keine Zukunft oder keine



nachhaltige Zukunft vorbereiten zu können. Stillstand zu verhindern, bedeutet für uns, dass wir als Parlament – dafür bin ich und sind Sie hier – nun auf diese Agrarpolitik 2022 plus einsteigen und sie gemeinsam beraten und genau jene Fragen, die heute aufgeworfen wurden, miteinander diskutieren, sie abwägen und darüber entscheiden. Wir werden auch bei der Detailberatung, mit der

AB 2020 S 1352 / BO 2020 E 1352

Kollege Noser bereits begonnen hat, genau auf diese Fragen stossen und dort miteinander Kompromisse suchen.

Wenn Sie heute die Beratung verweigern, kann ich das nicht verstehen. Sie leisten damit nämlich den Bauernfamilien einen Bärendienst, denn die Probleme werden bleiben, der Druck der Öffentlichkeit wird zunehmen. Denken Sie an die fünf Initiativen, die noch hängig sind. Auch den internationalen Verpflichtungen und den Verpflichtungen, die wir als Land eingegangen sind, können wir so nicht nachkommen. Was ich das Wichtigste finde, und das möchte ich gerne noch einmal wiederholen: Wir haben heute ganz viele Bauernfamilien – sie bilden zusammengerechnet, es wurde erwähnt, schon fast die Hälfte –, die heute schon am Markt produzieren, nach nachhaltigen Kriterien. Sie sind in der ganzen Wertschöpfungskette drin, Sie haben es gesehen. Sie werden unterstützt. Sie brauchen heute auf die Zukunft ausgerichtete Produktionssysteme. Und nicht nur sie, auch alle anderen, alle Bauernfamilien brauchen die Produktionssysteme und die Module und den Rahmen, der mit der neuen Agrarpolitik nun vorgegeben wird.

Ich habe von Herrn Schmid gehört, es gehe hier quasi nur darum, ein neues Gefäss zu machen, damit Direktzahlungen ausbezahlt werden können. Nein, geschätzter Herr Kollege, es geht darum, dass wir zum Beispiel im Bereich Bodenschutz Module und Produktionssysteme haben, dass wir im Bereich Energie – Sie haben es erwähnt – Vorgaben haben, damit die Bauernfamilien in die Energieproduktion mit Biomasse, die ich sehr unterstütze, investieren können. Das ist in der Agrarpolitik 2022 plus als Modul "Energie" enthalten.

Wir brauchen die soziale Absicherung der Ehepartner und Ehepartnerinnen und der Betriebsleitenden. Seit zehn Jahren kämpfen die Bäuerinnen und Landfrauen der Schweiz dafür, und sie ist jetzt drin. Wenn das Geschäft sistiert wird, wird sie verzögert.

Nicht zuletzt gibt es eben auch eine wirtschaftliche Komponente, und ich komme gerne darauf zurück. Wir alle wissen nicht, wie sich der Konsum entwickelt. Es gibt aber einen Trend, und dieser Trend geht in die Richtung, dass unsere Konsumierenden nachhaltige Produkte verlangen, die regional hergestellt werden und die sie bei den Bauernfamilien auf dem Markt kaufen. Wir kennen den Trend, dass junge Leute, die Fleisch kaufen, wissen möchten, woher das Fleisch kommt – am liebsten natürlich nicht nur aus der Schweiz, sondern von einem Bauernhof, bei dem man weiss, wie die Tiere gehalten werden. Wir wissen, dass viele junge Menschen heute auch solche Getreideprodukte möchten. Diese können wir, anstatt Soja von irgendwoher zu importieren, selbst produzieren. Wir können Bohnen produzieren, mehr Gemüse, mehr Früchte. Wir haben ja dazu auch Kredite gesprochen. Wir haben eine Züchtungsstrategie festgelegt, damit wir in der Schweiz auch resistente Sorten haben und so den Wünschen der Konsumenten und Konsumentinnen entgegenkommen können.

Für all das braucht es aber einen Rahmen, damit diese Parameter gesetzt werden können. Wir werden miteinander bestimmen, wie dieser Rahmen ist. Das ist nicht einfach vorgegeben. Wir müssen den Rahmen aber festlegen, denn wenn wir dies heute verweigern, verlieren wir wertvolle Zeit. Es wird 2027, das ist realistisch. Wir verlieren Zeit, und die Probleme werden zunehmen.

Wir werden dann vielleicht wieder dieselbe Diskussion haben, übrigens mit einem gleichen Befund, da bin ich sicher. In Erfüllung des Postulates wird man uns etwa den gleichen Bericht vorlegen, wie es Herr Kollege Noser 2017 zur Auswertung des Paradigmenwechsels zwischen 2014 und 2017 bereits verlangt hat. Wir sind mit der Agrarpolitik 2022 plus im Paradigmenwechsel.

Wenn wir eintreten, ist vieles offen. Vieles gefällt auch mir nicht, vieles gefällt auch Ihnen nicht. Wir können aber miteinander bestimmen, wohin unsere Agrarpolitik ab 2022 hinführen soll.

Ich möchte es Ihnen noch einmal sagen: Die Herausforderungen, die auf uns zukommen, sind riesig. Wir müssen Antworten geben, wie wir es mit der parlamentarischen Initiative getan haben, die wir verabschiedet haben und mit der wir uns für einen Absenkpfad bei den Pestiziden entschieden haben. Das war eine Antwort, aber nicht die ganze Antwort. Wir brauchen beides: Wir brauchen die Agrarpolitik 2022 plus und die parlamentarische Initiative zu den Pestiziden. Dazu rufen uns auch die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz, die Umweltdirektorenkonferenz und – ich möchte es nicht wiederholen – ganz viele Unternehmen aus der Wertschöpfungskette auf. Wir wollen gemeinsam miteinander vorwärtsgehen, um eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft zu haben, die auch bezüglich jener Themen, die auf uns zukommen, wettbewerbsfähig bleibt.

Vielen Dank, wenn Sie die Vorlage heute nicht sistieren, sondern darauf eintreten.



Hegglin Peter (M-CEB, ZG), für die Kommission: Der Präsident signalisiert mir, ich solle es kurz machen, und das mache ich auch. Ich möchte auf ein paar Äusserungen Bezug nehmen, gerade auf die letzte Äusserung von Kollegin Maya Graf. Die Beispiele, die sie erwähnt hat, basieren auf der heutigen Agrarpolitik. Es ist heute schon möglich, sehr nahe am Konsumenten zu produzieren, in den Hofläden einzukaufen. Das gibt es alles heute schon. Oder was den Hinweis betrifft, dass die verarbeitende Industrie oder Unternehmen sagen, man solle die Agrarpolitik mit all den Massnahmen weiterführen: Das kommt mir dann irgendwie auch ein bisschen scheinheilig vor. Bei der Debatte letzte Woche, als es um die Deklaration ging, waren genau die gleichen Kreise gegen eine Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden. Das finde ich dann auch nicht richtig stringent.

Jetzt zur Frage des Vorgehens: Wir haben eine Vorlage, die Agrarpolitik 2022 plus. Sie hat Mängel, aber für mich ist sie nicht so schlecht, dass man sagen sollte, wir weisen sie an den Bundesrat zur vollständigen Überarbeitung zurück. Würden wir das machen, dann würde die Agrarpolitik 2022 plus eine Verzögerung von fünf, sechs oder sieben Jahren erhalten. Das machen wir aber nicht. Wir sistieren sie und verlangen vom Bundesrat Zusatzangaben zu den Zielen, die Kollege Roberto Zanetti genannt hat, zu den Zielen, die der Bundesrat in der Botschaft aufführt. Er sagt aber nicht, wie wir die Ziele erreichen können oder wollen. Die Kommission verlangt mit dem Postulat genau das: Er soll Massnahmen zur Aufrechterhaltung des Selbstversorgungsgrades aufzeigen. Die Frage ist: Wie wollen wir das erreichen? Oder eine andere Frage ist, wie man Wettbewerbsverzerrungen zwischen Produkten aus Inlandproduktion und Importprodukten aufgrund unterschiedlicher gesetzlicher Vorgaben verhindern kann. Welche Antworten kann man da geben? Wahrscheinlich kann man das eben mit einer Deklaration lösen. Es gibt also Punkte, die in der Agrarpolitik 2022 plus fehlen. Man kann sie mit dem Postulat beantworten, und sobald das geschehen ist, können wir mit der Beratung fortfahren.

Wenn wir jetzt für ein oder zwei Jahre sistieren – länger will die Kommission das nicht tun –, ist das für die dem Gesetz Unterworfenen auch nicht so schlecht; dann gelten ein oder zwei Jahre länger die Verbindlichkeiten der jetzigen Agrarpolitik. Das ist auch etwas wert. Es ist falsch, wenn man sagt, es sei nur der Schweizer Bauernverband oder seine Spitze, die das verlangten. Im Gegenteil: Das tun vor allem auch die Bauern aus meiner Region. Ich habe viele Gespräche mit ihnen geführt. Ich habe bewusst nicht den Weg über den Schweizer Bauernverband gesucht, sondern bin über die Zentralschweizer Bauernorganisationen gegangen. Ich habe vorhin gesagt, es gebe keine Perspektive in der Agrarpolitik 2022 plus. Das sind deren Worte, nicht meine. Ich habe diese Worte dann in die Berichterstattung für den Rat aufgenommen.

Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen – ich halte mich kurz; ich schliesse ab –, der Sistierung zuzustimmen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: La majorité de votre commission veut donc suspendre ce projet jusqu'en 2022, et demander au Conseil fédéral d'élaborer un rapport sur l'orientation future de la politique agricole. Cela fait plusieurs années que ce projet est en consultation, qu'il a été travaillé en collaboration avec les différents milieux, les cantons, l'Union suisse des paysans, et les différentes organisations

AB 2020 S 1353 / BO 2020 E 1353

concernées. Il y a eu des consultations, le projet a été adapté. Il a été tenu compte dans la plupart des cas des différentes demandes des milieux concernés. Et maintenant, tout soudain, vous trouvez qu'il faudrait remettre l'ouvrage sur le métier et tout recommencer à zéro, en vous apportant un rapport qui devra naturellement amener de nouvelles décisions. Je crois que travailler ainsi n'est pas sérieux.

Au nom du Conseil fédéral, je vous demande de ne pas suspendre le traitement de ce projet, de ne pas adopter le postulat de votre commission, et d'en rester aux enveloppes financières telles qu'elles sont prévues.

Pourquoi? Ce sont les mesures environnementales qui sont proposées dans le cadre de la Politique agricole 2022 plus qui ont en grande partie conduit à cette proposition de suspension. Qu'est-ce qui se passe maintenant? La plupart de ces mesures seront mises en oeuvre dans le cadre de l'initiative parlementaire 19.475. Le Conseil national a même introduit l'objectif de la Politique agricole 2022 plus de réduire les pertes d'azote et de phosphore.

La principale critique adressée à la Politique agricole 2022 plus, c'est la légère diminution du degré d'autoapprovisionnement qui est calculé par des modèles. J'ai déjà fait remarquer à plusieurs reprises, ici et aussi au Conseil national, que ces modèles n'incluent pas le progrès technologique, n'incluent pas le progrès technique, et surestiment de toute façon cette légère diminution. Mais toutes ces mesures qui conduisent à une baisse du taux d'autoapprovisionnement selon ces modèles seront mises en oeuvre dans le cadre de l'initiative parlementaire! Une réduction de l'utilisation des produits phytosanitaires et des pertes d'éléments fertilisants n'est pas possible à court terme sans effet sur la production. Suspendre le traitement de la Politique agricole 2022



plus, comme le propose la majorité de votre commission, n'a donc plus de raison d'être.

Une suspension, cela a été dit par certains d'entre vous, serait un échec, un échec surtout pour les agriculteurs de ce pays. Avec une suspension, différentes mesures économiques et sociales, prévues dans la Politique agricole 2022 plus, ne pourraient pas être mises en oeuvre.

Il s'agit entre autres des mesures suivantes: la promotion de nouvelles formes de production, telles que l'aquaculture ou la production d'insectes, qui sont prévues avec les mesures contenues dans la loi sur l'agriculture; une meilleure couverture d'assurance sociale pour les membres de la famille travaillant dans l'exploitation; des contributions temporaires pour réduire le coût des primes des assurances récoltes; la poursuite, et on l'oublie un peu, des mesures d'amélioration structurelle qui doivent permettre d'améliorer la productivité de l'agriculture; le renforcement des services de conseil, de la recherche, de la promotion et de l'innovation; l'amélioration du statut du conjoint dans le cadre du droit foncier rural; davantage d'esprit d'entreprise – oui, Monsieur Noser: davantage d'esprit d'entreprise – grâce à la réglementation des personnes morales dans le droit foncier rural, ce qui est aussi quelque chose d'important; plus de responsabilité individuelle, en simplifiant la charge maximale concernant les droits de gage immobiliers.

Depuis que les velléités de suspendre le dossier se sont fait jour, c'est quand même intéressant de noter que mon département a reçu plusieurs demandes de différents milieux pour savoir s'il n'y aurait pas, par hasard, la possibilité de mettre en oeuvre certaines des mesures de la politique agricole. C'est ce qu'on appelle du "cherry picking": on prend ce qui nous arrange et on laisse de côté ce qui ne nous arrange pas.

Cette politique porte bien son nom, c'est un paquet. C'est un paquet issu d'un compromis. La preuve que c'est un bon compromis, c'est que la seule chose qui n'a jamais été contestée, je vous le donne en mille, c'est le projet 4. Personne n'a contesté le projet 4, que ce soit du côté gauche ou du côté droit de l'hémicycle.

Maintenant, comment peut-on poursuivre dans cette politique? J'ai toujours plaidé pour que l'initiative parlementaire qui est sortie de votre conseil et le paquet Politique agricole à partir de 2022 soient traités ensemble. En séparant les deux projets, on perd la vue d'ensemble. De plus, l'équilibre de la Politique agricole 2022 plus est fragile, entre les aspects écologiques et économiques d'une part, et les aspects entrepreneuriaux et sociaux d'autre part. Et cela serait regrettable parce que cela disparaîtrait.

Je peux me permettre d'illustrer ceci par un exemple concret. Dans le contexte de la crise du coronavirus, l'importance de la sécurité de l'approvisionnement et de la sécurité alimentaire est devenue beaucoup plus évidente. La Politique agricole 2022 plus crée un équilibre entre cet objectif et la réduction des impacts environnementaux, non seulement en augmentant les exigences écologiques, mais en favorisant aussi les exploitations agricoles.

Maintenant, vous avez l'occasion de maintenir ou de rétablir cet équilibre. Il s'agit pour vous d'avoir le courage d'entrer en matière et de discuter du projet, de l'adapter, peut-être de l'améliorer. La politique agricole est une fine mécanique, mais il y a toujours des moyens de faire avec et d'améliorer la situation.

J'aborde le postulat 20.3931. Les revendications de ce postulat peuvent être judicieuses à plus long terme, parce qu'elles concernent, en tout cas en partie, les étapes du développement de la politique agricole ultérieure à la Politique agricole 2022 plus. Mais en regard d'une éventuelle suspension des délibérations parlementaires sur la Politique agricole 2022 plus, nous estimons qu'il n'est pas pertinent d'accepter ce postulat. C'est pour cela que le Conseil fédéral vous conseille de le rejeter.

La rédaction d'un tel rapport prendrait naturellement du temps, si on veut le faire soigneusement. Naturellement, on pourrait le faire très vite, mais de manière très superficielle, ce qui donnerait ensuite lieu, à nouveau, à des reproches à l'intention du Conseil fédéral. Mais – et il faut être très clair – si, dans l'intervalle, les délibérations sont suspendues, le Parlement ne pourra pas engager les débats sur la Politique agricole 2022 plus, au plus tôt, avant le second semestre 2022, voire en 2023. Cela voudrait dire que l'entrée en vigueur des dispositions législatives serait renvoyée, au mieux, en 2025. Je crois qu'il faut être clair, cela voudrait dire stopper pendant plusieurs années l'adaptation, le développement et l'accompagnement de la politique agricole, ce qui ne répondrait en aucune façon à la nécessité, qui n'est pas contestée, de prendre des mesures sur le plan politique dans l'agriculture et dans le secteur alimentaire.

En ce sens, le postulat n'amène donc aucune valeur ajoutée – si vous me passez cette expression – à court terme. Tous les points qui sont abordés dans le postulat, tels que la fermeture des cycles ou l'augmentation de la liberté entrepreneuriale, vous les trouvez dans la Politique agricole 2022 plus; ils sont pour la plupart inclus dans le projet.

Notre agriculture constitue, y compris avec la mise en oeuvre de la Politique agricole à partir de 2022, le pilier central de l'approvisionnement de la population suisse en denrées alimentaires. Mais elle doit aussi poursuivre son développement et son adaptation sur le plan de la durabilité. C'est d'autant plus important, et cela a été relevé sauf erreur par M. Levrat, que la politique agricole de l'Union européenne évolue aussi, à l'instar de sa



stratégie "De la ferme à la table", adoptée par la Commission européenne dans le cadre du pacte vert pour l'Europe.

Avec la Politique agricole 2022 plus, nous voulons donner une perspective à l'agriculture suisse, nous voulons la soutenir dans son rôle de pionnière en matière de durabilité.

Là, vous me permettrez de faire une parenthèse. Monsieur Noser, vous avez parlé des trente ans de la politique agricole. Les trente ans de la politique agricole, c'est beaucoup d'investissements dans la recherche, des applications sur le terrain, de nouvelles technologies qui ont permis d'éliminer les insecticides et les acaricides dans la viticulture, qui ont amené la lutte biologique pour contrer les vers de la grappe en viticulture, qui ont amené la lutte par des auxiliaires utiles dans le cadre de la production de maïs, qui ont appris à fractionner les apports d'engrais azotés pour éviter la lixiviation – le fait que l'azote parte plus rapidement dans les drainages. Bref, c'est toute une stratégie qui a été mise en œuvre. Je laisse de côté la rotation des cultures.

Dans le plan de l'Union européenne, un des éléments essentiels, c'est la rotation des cultures. Cela fait vingt-cinq,

AB 2020 S 1354 / BO 2020 E 1354

trente, quarante ans, je ne sais pas combien d'années que cela existe chez nous. On ne peut pas simplement dire qu'il ne s'est rien passé ces trente dernières années. Non, il y a eu de gros efforts; peut-être que l'agriculture n'a pas été capable de les mettre suffisamment en évidence pour montrer à la population de ce pays ce qui s'est passé. Mais je crois que cette évolution s'est faite, et elle va se poursuivre.

Monsieur Levrat, vous avez dit qu'il fallait préparer l'agriculture à l'écologisation. Je crois qu'il faut la préparer à poursuivre dans cette voie, parce que l'écologisation, elle l'a entamée depuis longtemps. Vous avez dit que si on suspendait le traitement de ce projet, on allait geler la politique agricole; vous êtes trop modeste, on va la cryogéniser, si j'ose prendre une expression un petit peu plus virulente.

Bref, traiter ce projet, ce serait quand même aussi donner un signal fort, au regard des deux initiatives qui vont être votées l'année prochaine. Je crois qu'on ne peut pas simplement passer et faire semblant que ces initiatives ne soient pas là, qu'elles ne représentent pas une épée de Damoclès. Vous le savez, le Conseil fédéral combat ces initiatives, cela été dit par plusieurs d'entre vous. Elles sont dangereuses en termes d'approvisionnement économique du pays et en termes de démantèlement structurel de notre agriculture. Mais elles montrent quand même que, dans notre société, il y a des attentes claires. Il faut vivre avec ces attentes – on peut être d'accord ou pas d'accord avec celles-ci. Il faut chercher des solutions qui peuvent permettre de s'adapter en préservant l'essentiel, naturellement, en ne demandant pas non plus l'impossible.

M. Salzmann a raison, on demande parfois l'impossible aux paysans. Ce n'est pas extrêmement simple dans un pays où les coûts sont parmi les plus élevés au monde, que ce soit le coût du terrain ou des infrastructures, de demander de produire à des coûts comparables à ceux du marché mondial. C'est tout simplement impossible. Je crois qu'il faut aussi que notre population en soit consciente. Avec l'initiative parlementaire qui a été traitée dans vos deux conseils, avec le début du traitement du projet soumis, on montrera vraiment concrètement à la population qu'on prend ses craintes au sérieux.

Je voulais peut-être encore, parce que le sujet est quand même extrêmement important, relever trois arguments qu'on soulève souvent pour la suspension du projet Politique agricole 2022 plus. On nous dit souvent que la Politique agricole 2022 plus doit prévoir des exigences dans le domaine des denrées alimentaires importées en matière de respect des normes de durabilité et de bien-être animal. L'orientation de la Politique agricole 2022 plus uniquement vers les aspects nationaux, c'est aussi une conséquence du renvoi par le Conseil national de la vue d'ensemble de la politique agricole à moyen terme, qui avait été présentée par mon prédécesseur, M. Schneider-Ammann. Les normes suisses, qui sont élevées, permettent une différenciation claire du Swissness et une plus grande valeur ajoutée des produits alimentaires suisses sur le marché. Sur le plan du droit international, la Suisse applique déjà toutes les possibilités relatives à la production durable dans les accords commerciaux révisés et nouveaux. Et là, le droit de l'Organisation mondiale du commerce nous impose des limites avec lesquelles on ne peut malheureusement pas jouer.

Un deuxième point est souvent reproché à la Politique agricole 2022 plus. L'on nous dit qu'il faut présenter une stratégie globale dans le domaine de la politique de l'approvisionnement de la population, conformément à la Constitution fédérale, et que nous devons montrer comment l'agriculture peut se voir offrir des perspectives de développement futur.

Les perspectives pour l'agriculture sont présentées au chapitre 4.

Le message consacre par ailleurs un chapitre spécifique – soit le chiffre 9.3, page 218 et suivantes – à la mise en œuvre de l'article 104a de la Constitution fédérale. Ce chapitre montre comment les différentes lettres de l'article constitutionnel sont mises en œuvre. Du point de vue du Conseil fédéral, cette Politique agricole 2022



plus est 100 pour cent compatible avec cet article 104a. Son objectif – et peut-être y a-t-il là un malentendu – n'est pas d'atteindre le plus haut taux d'autoapprovisionnement possible. Son objectif est d'assurer un système alimentaire durable. La lettre a de l'article 104a vise, comme l'a fort bien relevé Mme Thorens, "la préservation des bases de la production agricole, notamment des terres agricoles." La qualité des sols est aussi le capital du paysan. Quant à la lettre b, elle prévoit "une production de denrées alimentaires adaptée aux conditions locales et utilisant les ressources de manière efficiente". Avec ce projet, ces exigences sont remplies.

Un dernier point à évoquer. L'on invite le Conseil fédéral à corriger la Politique agricole 2022 plus afin que le revenu sectoriel de l'agriculture reste stable ou augmente d'ici 2025. Avec la Politique agricole 2022 plus, le revenu du secteur reste stable par rapport à aujourd'hui. Par rapport à la référence, il diminue légèrement, car les mesures dans le domaine des éléments fertilisants et des pesticides entraînent une légère diminution de la production et une légère augmentation des coûts, mais cela est en grande partie compensé par la création de valeurs au sein du secteur. Le revenu par exploitation agricole augmentera même d'environ 18 pour cent d'ici à 2025. Grâce à ce projet, l'aide totale par exploitation passera à 77 000 francs d'ici 2025 et les paiements directs par exploitation à 56 000 francs. Ces chiffres montrent bien le soutien des contribuables à l'agriculture de ce pays.

La Confédération n'a qu'une responsabilité partielle en matière de revenus agricoles. Le secteur – cela a été soulevé par plusieurs d'entre vous – a également une responsabilité à assumer en ce qui concerne la création de chaînes de valeurs. Et il appartient aux agriculteurs de faire preuve d'esprit d'entreprise et d'augmenter ainsi leur revenu. Mesdames et Messieurs, c'est ce que la jeune génération fait. Avec la crise que nous traversons, l'on voit un dynamisme assez exceptionnel dans certains secteurs agricoles, qu'il faut relever. Il ne faut pas seulement remercier, il faut voir comment les gens se sont adaptés en fonction des conditions rencontrées dans leur région. Voilà ce que je voulais dire.

J'ajoute encore juste quelques points. Monsieur Zanetti, j'ai évoqué la rotation des cultures et les différentes mesures de lutte qui ont été mises en oeuvre par la politique agricole.

Monsieur Noser, il y a des aspects économiques et il y aura toujours, au niveau de l'agriculture, des conflits d'objectifs avec les attentes de la société ou de différents secteurs et avec l'aménagement du territoire ou le droit foncier rural. Nous sommes conscients de ces sensibilités. Le rôle du Conseil fédéral est de trouver un chemin praticable de façon à ce que les meilleures conditions puissent être offertes à notre agriculture. C'est ainsi que l'on pourra aller de l'avant.

J'arrive au terme de cette intervention et je vous demande instamment de bien réfléchir. Aujourd'hui, vous avez sur la table cette initiative 19.475, que vous avez travaillée, que vous avez souhaité avoir et qui montre une direction extrêmement précise dans laquelle vous voulez aller. Dans l'autre plateau de la balance, vous avez ce projet, amenant toute une série de mesures, sur le plan économique également, qui sont absolument nécessaires et indispensables si l'on veut donner l'opportunité à l'agriculture de passer ce cap difficile.

Je vous invite, vraiment et sérieusement, à ne pas suspendre ce projet, mais à le prendre en main et à l'envoyer à votre commission pour le travailler. Il y a certainement encore des adaptations sectorielles à apporter. M. Levrat en a évoqué certaines en matière de production laitière. C'est en travaillant ce projet que vous pourrez encore éventuellement l'optimiser, mais le cadre et la direction sont donnés.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 16 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Präsident (Kuprecht Alex, Präsident): Die Behandlung der Vorlagen 1 bis 3 ist somit sistiert.

AB 2020 S 1355 / BO 2020 E 1355



4. Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2022–2025 **4. Arrêté fédéral sur les moyens financiers destinés à l'agriculture pour les années 2022–2025**

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

...

- a. ... 555 Millionen Franken;
- b. ... 2156 Millionen Franken;
- c. ... 11 249 Millionen Franken.

Antrag der Minderheit

(Zanetti Roberto, Caroni, Levrat, Rechsteiner Paul)

...

- a. ... 548 Millionen Franken;
- b. ... 2149 Millionen Franken;
- c. ... 11 120 Millionen Franken.

Art. 1

Proposition de la majorité

...

- a. ... 555 millions de francs;
- b. ... 2156 millions de francs;
- c. ... 11 249 millions de francs.

Proposition de la minorité

(Zanetti Roberto, Caroni, Levrat, Rechsteiner Paul)

...

- a. ... 548 millions de francs;
- b. ... 2149 millions de francs;
- c. ... 11 120 millions de francs.

Zanetti Roberto (S, SO): Hin und wieder nehme ich diesen Rat hier ernst. Dieser Rat hat vor einiger Zeit eine Motion Dittli überwiesen. Ich habe dagegen gestimmt, gegen diese Motion Dittli. Sie haben damals Sparsamkeit gepredigt; ich versuche das jeweils im täglichen Geschäft umzusetzen. Das ist eigentlich die Auswirkung der Motion Dittli.

Es sind noch ein paar technische Anpassungen passiert. Einfach damit man weiss, wie bei uns die ach so unternehmerische und betriebswirtschaftlich organisierte Landwirtschaft funktioniert: Eine der Änderungen besteht darin, dass aufgrund eines Fehlanreizes ein Teil der Milch verkäst wird und dass keine Butter mehr produziert wird. Also muss man Butter importieren. Um das zu korrigieren, gibt es zwei Varianten: Man kann



diesen offenbar überreizten Verkäsungsanreiz reduzieren, oder man kann die Butterproduktion anfeuern, indem man dort mehr Geld reinsteckt. Selbstverständlich wird bei uns die zweite Variante bevorzugt, und so kann man das immer schön hochschaukeln.

Ein weiterer Punkt: Eine Chimäre, die ich einfach mal widerlegen möchte, ist die, dass wir den bäuerlichen Haushalten das Geld entziehen. Das ist schlicht und einfach falsch! Es geht da insbesondere um Buchstabe c, die Direktzahlungen. Diese Frage ist an sich im Rahmen der Budgetdebatte geklärt worden, ich will da nicht päpstlicher sein als der Papst. Immerhin möchte ich eine Erklärung für die seinerzeitige Entscheidung in der Budgetdebatte nachliefern – beim Budget hört ja an sich niemand, was jeweils erzählt wird. Aber es ist doch interessant, wie bei uns Landwirtschaftspolitik gemacht wird: Es ging also darum, einen reduzierten Beitrag oder einen erhöhten Beitrag zu sprechen. Die Finanzkommission war immerhin so pflichtbewusst, dass sie den tieferen Beitrag beantragte. Die Minderheit argumentiert dann wie folgt, jetzt müssen Sie gut zuhören: "Die Minderheit Ihrer Kommission stellt den Antrag, auf die Kürzung zu verzichten und die Position [...] etwa auf gleicher Höhe zu belassen. Es gibt weniger Bauernbetriebe" – Punkt. "Deshalb würden hier effektiv Kürzungen bei den einzelnen Bauernfamilien vorgenommen." Gibt der gleiche Betrag bei weniger Anspruchsberechtigten einen kleineren Beitrag pro Anspruchsberechtigten?

Ich muss Ihnen sagen, ich bin kein Rechnungslegungsspezialist, aber einigermaßen kopfrechnen kann ich. Wenn Sie 1000 Franken und 10 Anspruchsberechtigte haben, dann gibt es einen glatten Hunderter pro Anspruchsberechtigten. Wenn Sie weiterhin 1000 Franken und nur noch 9 Anspruchsberechtigte haben – Sie können selber rechnen, da müssen Sie nicht Buchhalter sein. Es ist eine Chimäre. Was uns da jedes Mal wieder unter die Nase gerieben wird, dass wir den Haushalten Geld entziehen wollen, ist schlicht und einfach falsch! Wenn die Beträge gleich hoch bleiben, dann steigt aufgrund des Strukturwandels, der beklagt wird und der auch von mir beklagt wird, eben das einzelbetriebliche Einkommen! Es ist eine Zähler-Nenner-Problematik, weil eben der Nenner kleiner wird. Deshalb kann keine Rede davon sein, dass wir den Leuten ihr Geld missgönnen.

In einem früheren Leben bin ich über Nacht vom Gewerkschaftssekretär zum Landwirtschaftsdirektor geworden und habe dort den Bäuerinnen und Bauern gesagt, ich sei ab sofort der Gewerkschaftssekretär der Bauern, weil alle, die arbeiten, ein anständiges Einkommen haben sollen. Wenn man mir vorwirft, dass ich den Leuten das Einkommen kürzen will, ist das schlicht und einfach falsch. Dieses Missverständnis wollte ich einmal geklärt haben.

Aber Sie wissen, ich bin heute in besonders guter Stimmung. Ich ziehe nach Rücksprache mit den anderen Minderheitsmitgliedern meinen Minderheitsantrag zurück, damit die Kirche im Dorf bleibt. Aber ein paar Fake News sollten einfach in künftigen agrarpolitischen Debatten nicht mehr verabreicht werden. Niemand in diesem Saal – niemand in diesem Saal! – missgönnt den Bauernfamilien ihr wohlverdientes Einkommen.

Präsident (Kuprecht Alex, Präsident): Möchten Sie sich noch zum Antrag der Mehrheit äussern, Herr Berichterstatter?

Hegglin Peter (M-CEB, ZG), für die Kommission: Ich frage mich jetzt, ob ich noch Ausführungen machen soll oder ob ich abkürzen und sagen soll: Folgen Sie der Mehrheit! (*Heiterkeit*) Ich hätte schon eine Begründung. Aber wenn das nicht verlangt wird, dann kürze ich ab.

Präsident (Kuprecht Alex, Präsident): Der Antrag der Minderheit ist zurückgezogen worden.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.022/4113)

Für Annahme der Ausgabe ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise



Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2020 S 1356 / BO 2020 E 1356

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.022/4114)

Für Annahme der Ausgabe ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.022/4115)

Für Annahme des Entwurfes ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté